

# Freiheitsindex 2024

Saskja Schindler

Wien, Mai 2025

## Inhaltsverzeichnis

Daten zur Untersuchung .....	3
Einleitung.....	4
1    Methodische Vorgehensweise .....	5
2    Freiheitsindex 2024 .....	9
2.1   Subjektives Freiheitsgefühl.....	9
2.2   Bedingungen und Voraussetzungen für Freiheit .....	14
2.3   Vergleich „subjektives Freiheitsempfinden“ Österreich und Deutschland .....	22
3    Einstellungen zu Bildung(spolitik) .....	24
3.1   Einstellungen zu Bildungsmaßnahmen.....	24
3.2   Einstellungen zu Bildungsverantwortung und Bedeutung von Bildung .....	29
4    Zentrale Ergebnisse .....	34
Literaturverzeichnis .....	37
Abbildungsverzeichnis .....	38
Anhang: Fragen im Wortlaut .....	40

## Daten zur Untersuchung

<b>Thema</b>	Freiheitsgefühl und Einstellungen zu Bildung(spolitik) in Österreich im Jahr 2024
<b>Auftraggeber</b>	NEOS Lab
<b>Beauftragtes Institut</b>	FORESIGHT Research Hofinger GmbH, Wien
<b>Wissenschaftliche Leitung</b>	Dr. <sup>in</sup> Saskja Schindler
<b>Wissenschaftliche Mitarbeit</b>	Mag. <sup>a</sup> Martina Zandonella
<b>Autorin</b>	Dr. <sup>in</sup> Saskja Schindler
<b>Erhebungsgebiet</b>	Österreich
<b>Grundgesamtheit</b>	Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich
<b>Stichprobenumfang</b>	2.007 Befragte, 1.000 im Panel
<b>Stichprobendesign/-ziehung</b>	CATI <sup>1</sup> : Zufallsauswahl aus dem öffentlichen Telefonbuch und per RLD-Verfahren <sup>2</sup> generierten Telefonnummern; CAWI <sup>3</sup> : Zufallsauswahl aus dem offline rekrutierten Access-Panel
<b>Art der Befragung</b>	Methodenmix: CATI (Telefonbefragung) und CAWI (online)
<b>Befragungszeitraum</b>	6. August bis 28. August 2024 25. Oktober bis 22. November 2024
<b>Feldarbeit</b>	Jaksch Research GmbH
<b>Schwankungsbreite<sup>4</sup></b>	bei n=1.000 max. +/-3,1%

### **Anmerkung zu Rundungsdifferenzen:**

Geringfügige Abweichungen von Sollwerten (z.B. 99% oder 101% statt 100%) sind auf Rundungseffekte zurückzuführen.

---

<sup>1</sup> Computer Assisted Telephone Interview

<sup>2</sup> RLD: Random Last Digit, zufällige letzte Ziffer

<sup>3</sup> CAWI: Computer Assisted Web Interview

<sup>4</sup> Bereich um den Stichprobenwert, innerhalb dessen der tatsächliche Wert in der Grundgesamtheit mit 95% Wahrscheinlichkeit liegt.

## Einleitung

Der Freiheitsindex wurde 2018 anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Republik als Zusatzerhebung des Demokratie Monitors von FORESIGHT (vormals SORA) etabliert. Das Ziel des Demokratie Monitors ist die Untersuchung der Einstellungen von Menschen gegenüber der Demokratie und das sich daraus erschließende Erkennen von Warnsignalen (Zandonella 2020). Im Rahmen dieser Erhebung sind für die Dauer von ca. vier Minuten Fragen zum Freiheitsindex vorgesehen. Eingebettet in den Demokratie Monitor, ist es das Ziel des Freiheitsindex, das persönliche Freiheitsgefühl der Menschen in Österreich zu messen und zusätzlich dazu Einstellungen gegenüber demokratischen Grundfreiheiten und Grundrechten zu untersuchen.

Neben dem „Freiheitsgefühl“ beschäftigt sich der Freiheitsindex mit einem jährlich wechselnden Schwerpunkt. 2018 behandelte dieser das Thema „EU-Grundfreiheiten“ und 2019 wurden die Einstellungen zum Thema „Eigentum“ untersucht. Im Jahr 2020 stand der untersuchte Schwerpunkt im Zeichen der Corona-Pandemie. 2021 fand eine Neukonzeption des Freiheitsindex statt, die den Fokus auf die Frage legte, wie das Freiheitsgefühl unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen gestärkt werden kann. Diese Frage stand auch im Jahr 2022 mit Blick auf die Auswirkungen der multiplen Krisen (Corona-Pandemie, Teuerung, Ukraine-Krieg etc.) im Zentrum (Glaser/Heinz 2022). Im Jahr 2023 widmete sich der Freiheitsindex vor dem Hintergrund der andauernden Krisen (u.a. anhaltende Inflation, Nachwirkungen der Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Krieg im Gazastreifen, Klimawandel) der Entwicklung des Freiheitsgefühls mit dem Fokus auf Auswirkungen ökonomischer Ungleichheit, der Teuerung und sozialer Integration, auf der Bedeutung persönlicher und politischer Selbstwirksamkeit sowie von individuellen und kollektiven Zukunftsaussichten. Zusätzlich dazu wurden anlässlich der EU-Wahl im Jahr 2024 Haltungen zur EU untersucht.

2024 fand abermals eine Neukonzeption des Freiheitsindex statt. Einerseits ergibt sich durch das Abflauen der Corona-Pandemie und die Einstellung sämtlicher damit verbundener Einschränkungen im Jahr 2023 eine deutliche Veränderung der Situation in Bezug auf Freiheit. Andererseits zeigen sich jedoch anhaltende Krisenerscheinungen wie z.B. steigende Inflation und geringes Wirtschaftswachstum, die auf individueller Ebene vielfach mit materiellen Einschränkungen und Unsicherheit einhergehen (z.B. Schindler 2023), die aber auch in zentralen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. Gesundheit, Bildung, Mobilität etc.) zu Problemen/Herausforderungen und Unsicherheit führen. Vor diesem Hintergrund wurde der Freiheitsindex 2024 so konzipiert, dass neben der Messung des subjektiven, individuellen Freiheitsgefühls zentrale Komponenten des Freiheitsgefühls erhoben wurden, die nicht nur die

Abwesenheit von Zwängen und Einschränkungen (negative Freiheit) umfassen, sondern auch die realen Möglichkeiten, Freiheit praktisch umzusetzen (positive Freiheit). Erstens wurde dazu die Wahrnehmung, seine politische Meinung frei äußern zu können, erhoben, zweitens die Einschätzung, über ausreichende materielle Ressourcen zu verfügen, um ein Leben nach den eigenen Vorstellungen zu führen, drittens die Möglichkeit für Eigentumserwerb auf Basis eigener Leistung, viertens das Ausmaß staatlicher Einmischung in den Alltag sowie fünftens die staatliche Unterstützung im Alltag. Darüber hinaus wurde vor dem Hintergrund der Nationalratswahl untersucht, ob die aktuelle Möglichkeit der Mitbestimmung in Form der Wahl sich auf das subjektive Freiheitsgefühl sowie auf die Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung auswirkt. Die Neukonzeption des Freiheitsindex zielt außerdem auf internationale Vergleichbarkeit ab und orientiert sich dazu in Teilen am deutschen Freiheitsindex.<sup>5</sup>

Der diesjährige Schwerpunkt widmet sich dem Thema Bildung. In diesem Rahmen werden zum einen Einstellungen gegenüber konkreten bildungspolitischen Maßnahmen untersucht. Zum anderen wurden Ansichten zur Verantwortung für Bildung und zur Bedeutung/Funktion von Bildung erhoben.

Im folgenden Abschnitt werden die methodische Vorgehensweise und die in der Auswertung verwendeten Verfahren kurz erläutert. Im Anschluss daran werden die Ergebnisse der oben genannten Fragen dargestellt. Den Abschluss bildet eine kurze Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Untersuchung.

## 1 Methodische Vorgehensweise

Der Demokratiemonitor 2024 wurde aufgrund des Interesses an potenziellen Auswirkungen der Möglichkeit zur Mitbestimmung im Zuge der Nationalratswahl auf politische Einstellungen als Panelerhebung durchgeführt. Dazu wurden kurz vor und kurz nach der Nationalratswahl am 29. September 2024, konkret von 6. August bis 28. August 2024 und von 25. Oktober bis 22. November 2024 insgesamt 2.007 Menschen befragt, 1.000 davon in beiden Erhebungszeiträumen. Die Interviews wurden telefonisch (CATI) und online (CAWI) durchgeführt. Ein durchschnittliches Interview dauerte 17 Minuten, der Freiheitsindex selbst nahm in der ersten Erhebungswelle circa 0,5 Minuten und in der zweiten Erhebungswelle circa drei Minuten in Anspruch. Dazu wurde im Vorfeld in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber ein standardisiertes Messinstrument (Fragebogen) entwickelt.

---

<sup>5</sup> Eine idente Konzeption ist im Rahmen des österreichischen Freiheitsindex nicht möglich, ein Teilindex des deutschen Freiheitsindex kann aber verglichen werden (siehe dazu genauer Kapitel 1 sowie Kapitel 2.3).

## **Organisation und Durchführung der Erhebung**

Die Erhebung fand sowohl telefonisch als auch online statt – 50% der Befragten wurden telefonisch interviewt, 50% nahmen online an der Befragung teil. Die telefonischen Interviews wurden mittels CATI-Technologie durchgeführt. Dabei wird der Fragebogen so programmiert, dass die Interviewer:innen optimal bei der präzisen und korrekten Interviewdurchführung unterstützt werden. Zusätzlich wurde mittels CAWI-Verfahren gearbeitet, das die Durchführung der Erhebung auch online ermöglicht. Die Feldarbeit wurde von Jaksch Research GmbH durchgeführt.

## **Stichprobe**

Die Stichprobe entspricht einer vorab nach Gemeindegröße geschichteten Zufallsauswahl von Personen. Damit sind die einzelnen Gemeinden (in Wien: Bezirke) proportional zu ihrer Einwohner:innenzahl in der Stichprobe repräsentiert. Die Teilnehmer:innen an der Online-Erhebung wurden telefonisch und damit offline rekrutiert. Dies ist aufwendig, gewährleistet jedoch die Repräsentativität der Stichprobe (Baur/Florian 2009).

## **Datenprüfung**

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten einer Qualitätsprüfung unterzogen. Dazu wurden im Besonderen Plausibilitätstests durchgeführt.

## **Gewichtung**

Um repräsentative Ergebnisse zu erzielen, muss für jede Person in der Grundgesamtheit die gleiche Wahrscheinlichkeit gelten, für die Stichprobe ausgewählt zu werden. Die Bereitschaft zur Teilnahme variiert jedoch in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Schräpler 2000). Diese unterschiedliche Teilnahmebereitschaft kann durch eine Gewichtung der Daten ausgeglichen werden. Die Gewichtung erfolgt, um die Verteilungen gewisser Merkmale in der Stichprobe an die Verteilung in der Grundgesamtheit – der österreichischen Bevölkerung – anzupassen. Die vorliegenden Daten wurden nach den Kriterien Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region, Stadt/Land gewichtet.

## **Korrelationsanalyse**

Zur Untersuchung der Frage, wie unterschiedliche Aspekte von Freiheit, die nicht nur die Abwesenheit von Zwängen und Einschränkungen (negative Freiheit)

umfassen, sondern auch die realen Möglichkeiten, Freiheit praktisch umzusetzen (positive Freiheit), mit dem Freiheitsgefühl zusammenhängen, wurde eine Korrelationsanalyse durchgeführt. Durch dieses statistische Verfahren kann untersucht werden, ob es einen Zusammenhang zwischen zwei Variablen gibt, und die Richtung und die Stärke des Zusammenhangs können ermittelt werden (Backhaus et al. 2023). Konkret wurde in diesem Rahmen berechnet, wie stark das Freiheitsgefühl mit folgenden Aspekten korreliert: erstens mit der Wahrnehmung, seine politische Meinung frei äußern zu können, zweitens mit der Einschätzung, über ausreichende materielle Ressourcen zu verfügen, um ein Leben nach den eigenen Vorstellungen zu führen, drittens mit der Wahrnehmung der Möglichkeit für Eigentumserwerb auf Basis eigener Leistung, viertens mit der Wahrnehmung übermäßiger staatlicher Einmischung in den Alltag und fünftens mit jener fehlender staatlicher Unterstützung im Alltag. Die Variablen wurden auf Basis von theoretischen Erwägungen ausgewählt und ergeben sich demzufolge hypothesengeleitet.

### **Schwankungsbreiten**

Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Teilgruppen bzw. von Veränderungen über die Zeit sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Schwankungsbreiten geben mit Bezug auf die Größe der Stichprobe (und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%) jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Liegen die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei  $n = 1.000$  die maximale Schwankungsbreite von  $\pm 3,1\%$  herangezogen werden: Bei einem Stichprobenwert von 50% liegt der „wahre“ Wert also zwischen 46,9% und 53,1%. Sämtliche der im Folgenden dargestellten Unterschiede zwischen Teilgruppen bzw. Veränderungen über die Zeit wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

### **Ökonomische Drittel**

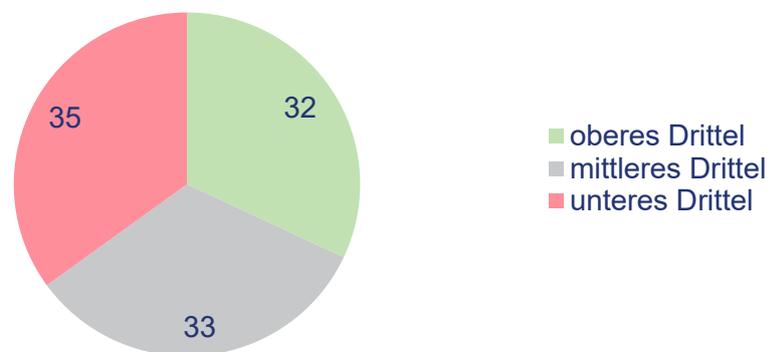
Vor dem Hintergrund der anhaltenden Inflation und der Betroffenheit breiter Bevölkerungsschichten wurden die im Rahmen des Freiheitsindex erhobenen Daten u.a. mit Blick auf die Auswirkungen ökonomischer Ungleichheit (anhand einer Clusterung in ökonomische Drittel) analysiert. Die ökonomischen Drittel wurden, wie in den vergangenen Jahren, mittels Clusteranalyse erfasst. Diese enthält die Frage nach dem Auskommen mit dem Einkommen sowie nach der Einschätzung der zukünftigen finanziellen Absicherung (Glaser/Heinz 2022).<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Das Ergebnis der Clusteranalyse wird anschließend mit dem Haushaltseinkommen abgeglichen.

Auf Basis dieser Analyse ergeben sich drei Gruppen, sogenannte Cluster, die jeweils rund ein Drittel der Menschen in Österreich abbilden: Das mittlere Drittel bildet im Jahr 2024 33% ab, die angeben, einigermaßen von ihrem Einkommen leben zu können, und die ihre finanzielle Absicherung als eher gut einschätzen. 32% werden dem oberen Drittel zugerechnet, das gut mit dem Einkommen auskommt und finanziell sehr gut abgesichert ist. Im Kontrast dazu stehen 35%, die dem unteren Drittel zugeordnet sind. Diese Personen sehen sich in der Zukunft finanziell unzureichend abgesichert und ihr Einkommen reicht aktuell kaum zum Leben aus (siehe Abbildung 1).

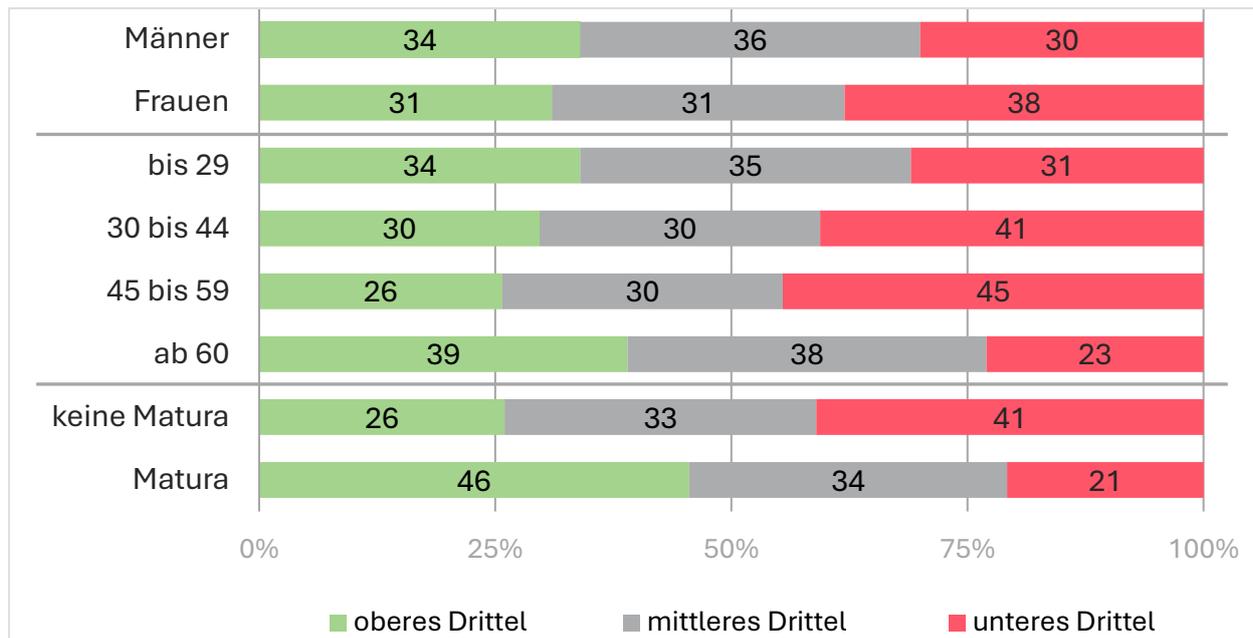
**Abbildung 1: Die ökonomischen Drittel**



Angaben in Prozent.

Dabei sind nicht alle Bevölkerungsgruppen zu gleichen Teilen in den drei Dritteln vertreten: Insgesamt gehören vor allem Frauen (38%), Menschen ohne Matura (41%) sowie Menschen zwischen 30 und 60 Jahren (30-44: 41%, 45-59: 45%) häufiger dem unteren ökonomischen Drittel an. Im mittleren ökonomischen Drittel finden sich häufiger Menschen ab 60 Jahren (38%), wohingegen dem oberen Drittel Menschen ab 60 Jahren sowie jene mit Matura verstärkt angehören (46%) (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Ökonomische Drittel nach Geschlecht, Alter und formaler Bildung



Angaben in Prozent.

## 2 Freiheitsindex 2024

### 2.1 Subjektives Freiheitsgefühl

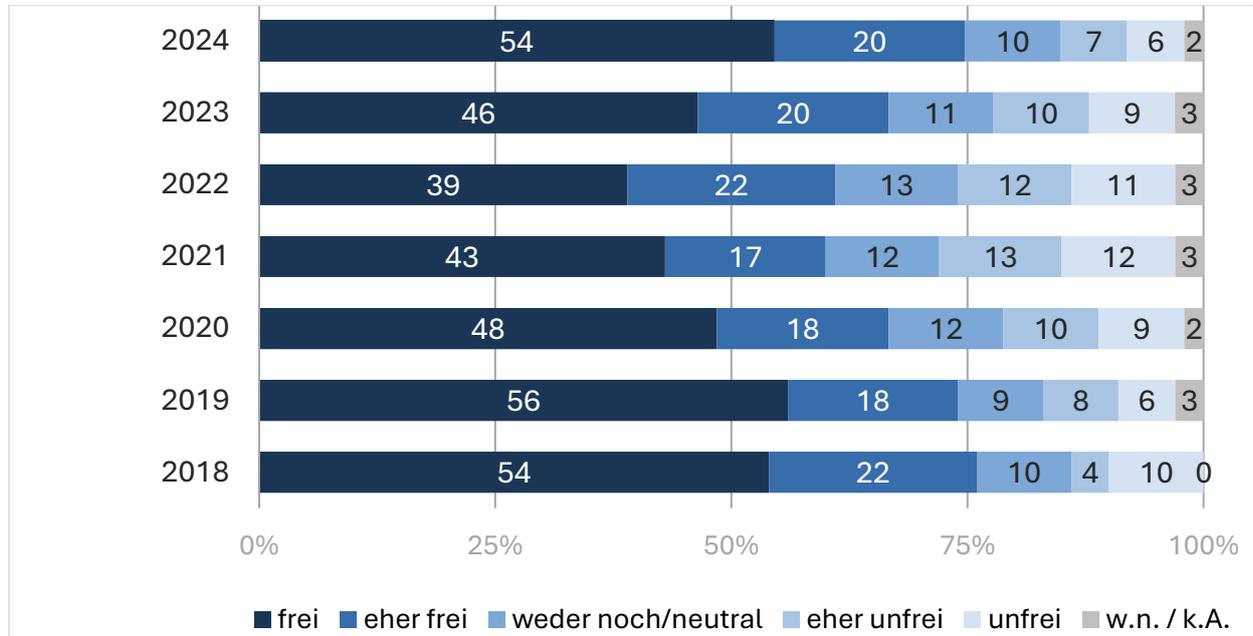
#### Entwicklung und Panelvergleich

Das Freiheitsgefühl ist im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen und setzt damit den Aufwärtstrend seit dem Jahr 2022 fort. Dabei zeigt sich v.a. eine Zunahme bei jenen, die angeben, sich frei zu fühlen, während der Anteil derjenigen, die sich eher frei fühlen, im Vergleich zum Jahr 2023 stabil geblieben ist. Während von 2022 auf 2023 der Anstieg moderat war, fällt er heuer etwas stärker aus. Der aktuelle Wert liegt sehr nahe an jenem des Jahres 2019, d.h. vor Beginn der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen (siehe Abbildung 3). Ähnlich wie das Vertrauen ins politische System (Demokratie Monitor 2024) erholt sich auch das Freiheitsgefühl sukzessive.

Die Entwicklung deutet darauf hin, dass die gesetzlichen Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie nicht alleine für den deutlichen Rückgang des Freiheitsgefühls in Jahren 2020, 2021 und 2022 verantwortlich waren. Die Ergebnisse des Freiheitsindex 2022 sowie 2023 haben gezeigt, dass unterschiedliche Faktoren wie u.a. Teuerung, ökonomische Absicherung, soziale Integration, persönliche Selbstwirksamkeit oder auch Vertrauen in die Politik sowie die

Wirksamkeit politischer Beteiligung für die Entwicklung bzw. die Erklärung des Freiheitsgefühls relevant sind (Glaser/Heinz 2022, Schindler 2023).

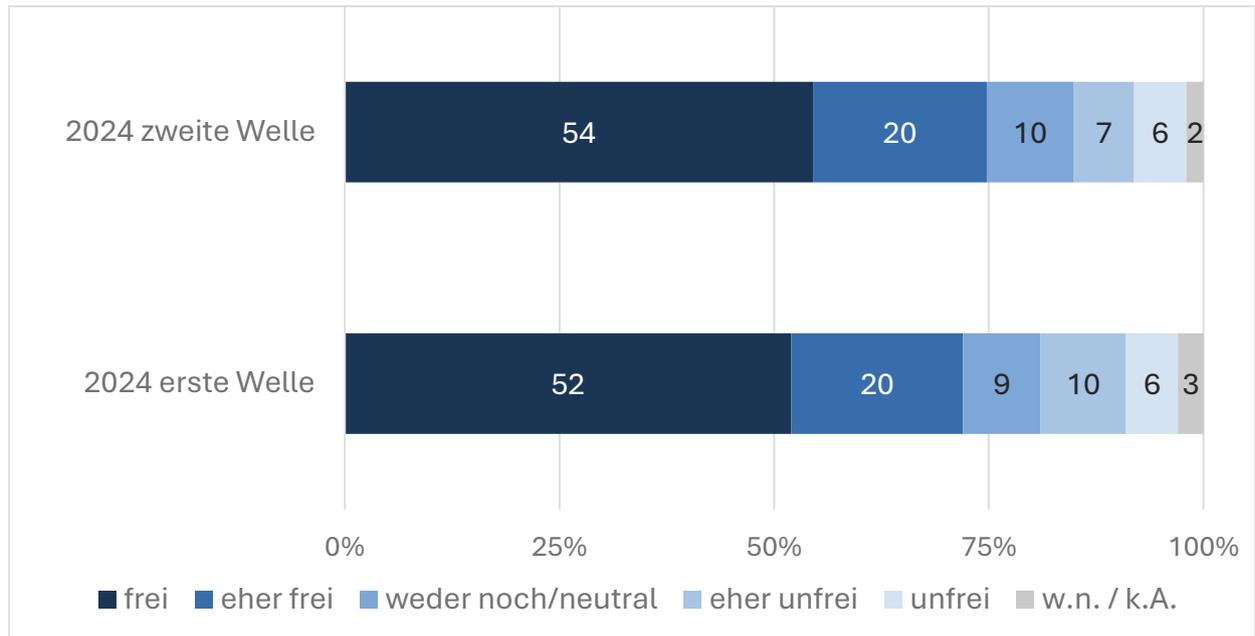
**Abbildung 3: Entwicklung des subjektiven Freiheitsgefühls im Jahresverlauf**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein.“

Zusätzlich zur Entwicklung des Freiheitsgefühls im Jahresverlauf wurde im Rahmen des Freiheitsindex 2024 untersucht, ob die unmittelbare Möglichkeit der Teilnahme an der Nationalratswahl 2024 sich auf das Freiheitsgefühl auswirkte. Dazu wurden dieselben Menschen kurz vor und kurz nach der Nationalratswahl befragt. Die Analyse zeigt, dass die Nationalratswahl keine Auswirkungen auf das Freiheitsgefühl der Menschen hatte (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Vergleich Freiheitsgefühl vor und nach der Nationalratswahl 2024

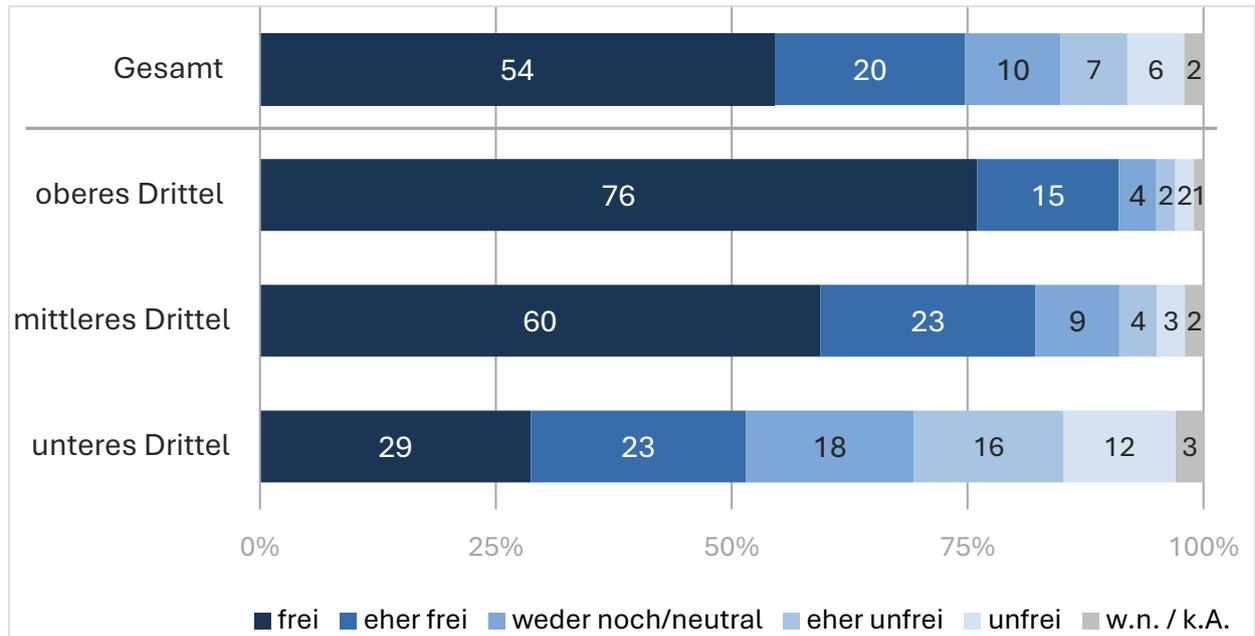


Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein.“

**Wer fühlt sich frei?**

Zusätzlich zur Entwicklung des Freiheitsgefühls wurde im Rahmen des Freiheitsindex 2024 untersucht, ob ökonomische und soziodemografische Faktoren für das Freiheitsgefühl relevant sind. Dabei zeigt sich – wie bereits in den Vorjahren – die zentrale Bedeutung ökonomischer Ressourcen für das Freiheitsgefühl. Eine gute finanzielle Absicherung in der Zukunft und ausreichend Einkommen hängen positiv mit dem Gefühl von Freiheit zusammen, d.h., das Freiheitsgefühl nimmt mit steigendem Zugang zu ökonomischen Ressourcen deutlich zu. Während sich im oberen ökonomischen Drittel mehr als drei Viertel der Befragten frei fühlen, sind es im unteren weniger als ein Drittel (siehe Abbildung 5).

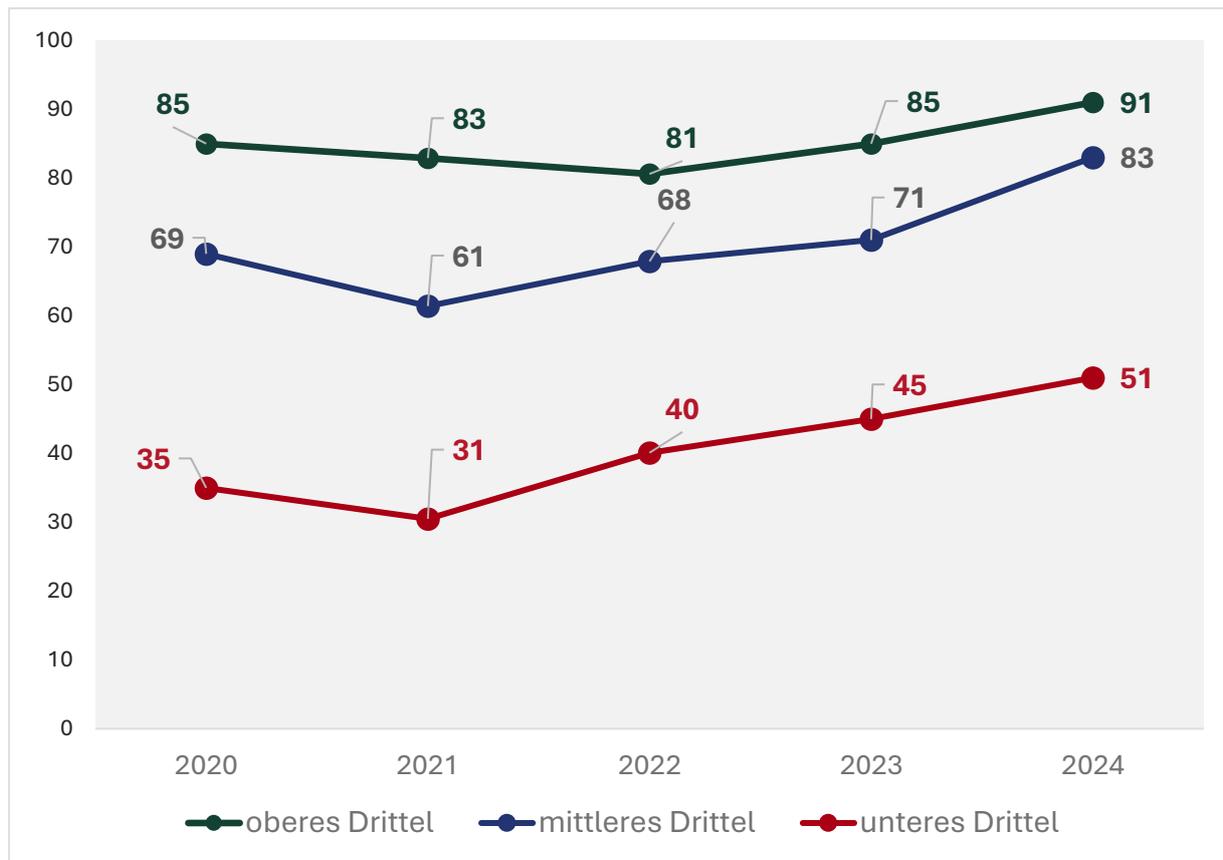
Abbildung 5: Freiheitsgefühl nach ökonomischen Dritteln



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein.“

Ein Blick auf die Entwicklung des Freiheitsgefühls lässt außerdem eine vergleichsweise höhere Stabilität des Freiheitsgefühls im oberen ökonomischen Drittel erkennen (siehe Abbildung 6). Zwar zeigen sich auch hier eine Abnahme zwischen 2020 und 2022 und ein darauffolgender Aufwärtstrend. Die Veränderung verläuft jedoch vergleichsweise moderater (niedrigster Wert 81%, höchster Wert 91%, die sich frei oder eher frei fühlen) als im mittleren (niedrigster Wert 61%, höchster Wert 83%) und im unteren Drittel (niedrigster Wert 31%, höchster Wert 51%). Der Blick auf das untere ökonomische Drittel zeigt zwar eine größere Zunahme des Freiheitsgefühls im Jahresverlauf, insgesamt verbleibt es aber auf einem vergleichsweise sehr niedrigen Niveau: Nur 51% der Befragten geben an, sich frei (29%) oder eher frei (23%) zu fühlen, im Vergleich zu 83% im mittleren Drittel und 91% im oberen Drittel.

Abbildung 6: Freiheitsgefühl nach ökonomischen Dritteln im Jahresverlauf<sup>7</sup>

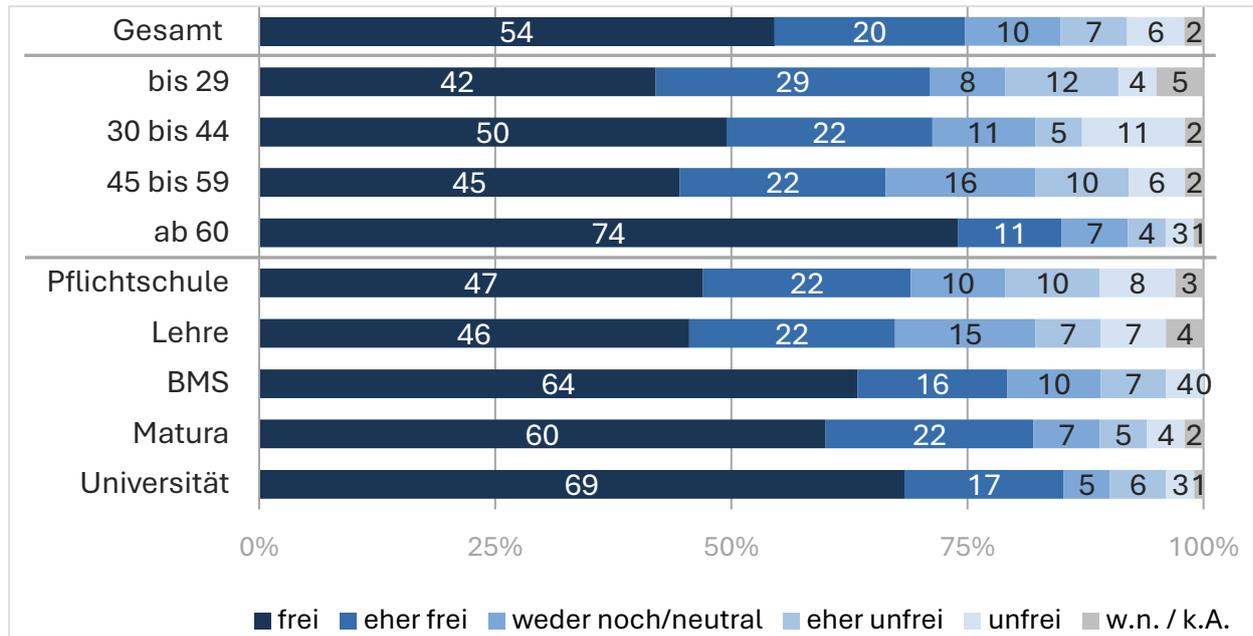


Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein.“

Neben den ökonomischen Ressourcen zeigt sich in der Analyse, dass von den untersuchten soziodemografischen Indikatoren das Alter und die formale Bildung einen signifikanten Einfluss auf das Freiheitsgefühl haben. Ältere Menschen ab 60 Jahren fühlen sich freier als jüngere Altersgruppen. In der Gruppe der Menschen ab 60 Jahren fühlen sich 85% der Befragten frei (74%) oder eher frei (11%). In der jüngsten Gruppe (bis 29 Jahre) sind es dagegen nur 71%, die sich frei (42%) oder eher frei (29%) fühlen. Die Unterschiede nach formaler Bildung zeigen sich v.a. zwischen Menschen mit Pflicht- oder Lehrabschluss und jenen mit längerer Schullaufbahn (BMS, Matura, tertiärer Bildungsabschluss): Mehr als drei Viertel der Befragten mit BMS-Abschluss (80%), Matura (82%) oder tertiärem Bildungsabschluss (86%) fühlen sich frei oder eher frei, aber nur etwas mehr als zwei Drittel der Befragten mit Pflichtschulabschluss (69%) oder Lehrabschluss (68%) (siehe Abbildung 7).

<sup>7</sup> Die Kategorien „frei“ und „eher frei“ wurden in der Abbildung zusammengefasst.

Abbildung 7: Freiheitsgefühl nach Alter und formalem Bildungsabschluss



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein.“

## 2.2 Bedingungen und Voraussetzungen für Freiheit

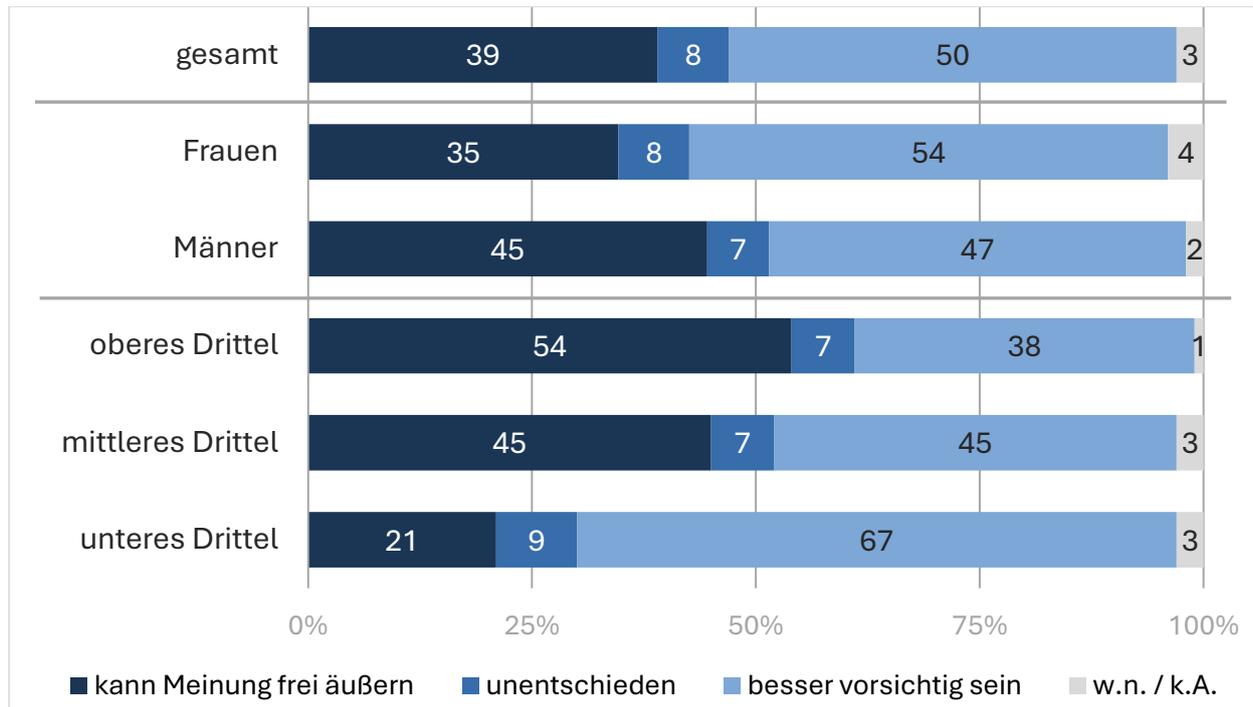
Zusätzlich zum subjektiven Freiheitsgefühl wurden im Rahmen des Freiheitsindex 2024 Dimensionen erhoben, die darauf abzielen, die Wahrnehmung sowohl von Einschränkungen der persönlichen Freiheit (negative Freiheit) zu messen als auch von Möglichkeiten, theoretische Freiheit praktisch umzusetzen, d.h., das Leben gemäß eigenen Wünschen und Vorstellungen zu führen. Auf Seiten der Freiheitseinschränkungen wurden dazu die subjektive Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung sowie staatlicher Einmischung in den persönlichen Alltag erhoben und ihre Bedeutung für das subjektive Freiheitsgefühl untersucht. Auf Seiten der praktischen Umsetzung von Freiheit wurden die Bedeutung finanzieller Möglichkeiten, die es erlauben, das eigene Leben tatsächlich so zu führen, wie man es sich wünscht, sowie die subjektive Wahrnehmung staatlicher Unterstützung erhoben.

Die Freiheit politischer Meinungsäußerung ist ein zentrales Grundrecht in liberalen Demokratien. In der jüngeren Vergangenheit zeigt sich jedoch eine Zunahme autoritärer Tendenzen durch Wahlerfolge rechtsextremer und -populistischer Parteien u.a. in mehreren europäischen Staaten (z.B. in Österreich, Frankreich, Deutschland) sowie durch die Entstehung sogenannter „illiberaler“ (Merkel/Croissant 2000) oder „hybrider“ (Schmotz 2025) Regime (z.B. in Ungarn oder Polen). Diese gehen mitunter auch mit Einschränkungen der politischen Meinungsäußerung einher bzw. kann eine solche Nachteile oder Gefahren mit sich bringen. Umgekehrt wird eine Einschränkung der Freiheit politischer

Meinungsäußerung gerade in liberalen Demokratien vielfach auch von rechtsextremen und -populistischen Parteien moniert. Dabei wird die Grenze zwischen der Freiheit politischer Meinungsäußerung und der Abwertung/Dehumanisierung unterschiedlicher Gruppen von Menschen (z.B. Geflüchteten) verhandelt und mitunter auch verschoben. So hat sich in der jüngeren österreichischen Vergangenheit eine „*schamlose Enttabuisierung* vormals tabuisierter rechtsextremer Inhalte und Äußerungen“ (Wodak 2018, 323; Hervorhebung im Original) und deren Verschiebung vom Rand in die Mitte der politischen Parteienlandschaft erkennen lassen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Kriege, insbesondere in der Ukraine und im Gazastreifen, ist die Freiheit politischer Meinungsäußerung noch zusätzlich in den Blickpunkt gerückt. Darüber hinaus wird diese Dimension (zusätzlich zum subjektiven Freiheitsgefühl) auch im Rahmen des deutschen Freiheitsindex erhoben, wodurch sich die Möglichkeit eines Vergleichs mit Deutschland bietet (siehe dazu genauer Abschnitt 2.3).

Betrachtet man die Freiheit politischer Meinungsäußerung, zeigt sich, dass 50% der Befragten Bedenken in Bezug auf die Möglichkeit freier politischer Meinungsäußerung haben, wohingegen nur 39% der Befragten das Gefühl haben, ihre politische Meinung frei äußern zu können (siehe Abbildung 8). Frauen und Menschen aus dem unteren Einkommensdrittel haben seltener das Gefühl, ihre politische Meinung frei äußern zu können. So erklären mehr als die Hälfte der befragten Frauen (54%), hinsichtlich der politischen Meinung besser vorsichtig zu sein, und nur etwas mehr als ein Drittel hat diesbezüglich keine Bedenken, wohingegen sich bei den befragten Männern ein relativ ausgewogenes Verhältnis zeigt (45% frei äußern, 47% besser vorsichtig sein). Außerdem wirken sich eine gute finanzielle Absicherung in der Zukunft und ausreichend Einkommen positiv auf die Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung aus: Während im oberen ökonomischen Drittel mehr als die Hälfte der Befragten das Gefühl haben, ihre politische Meinung frei äußern zu können (54%), sind es im unteren Drittel nur etwas mehr als ein Fünftel (21%) der Befragten (siehe Abbildung 8).

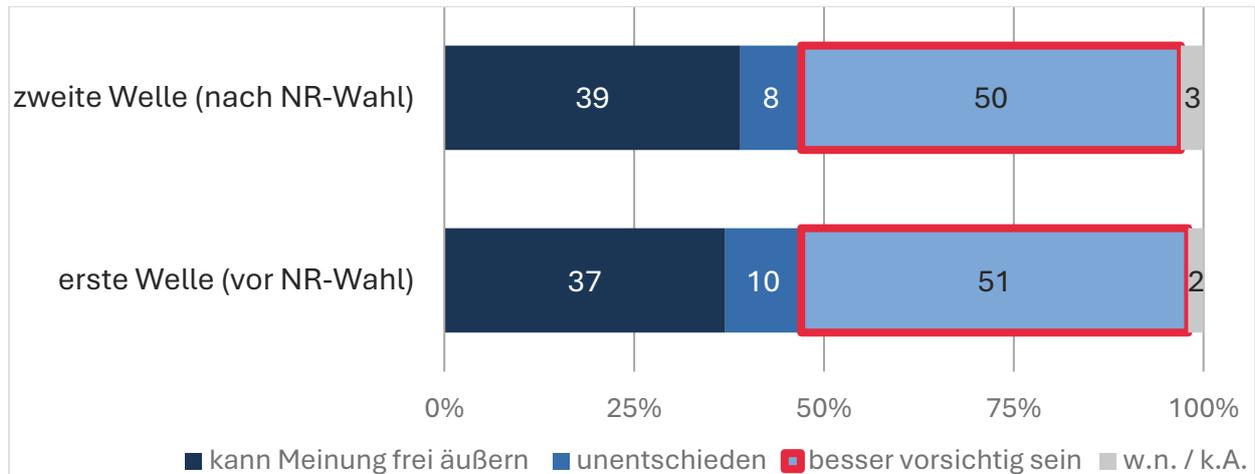
**Abbildung 8: Freiheit politischer Meinungsäußerung nach Geschlecht und ökonomischem Drittel**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Österreich seine politische Meinung frei äußern kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“

Zusätzlich zur aktuellen Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung wurde im Rahmen des Freiheitsindex 2024 – analog zum subjektiven Freiheitsgefühl – untersucht, ob die unmittelbare Möglichkeit der Teilnahme an der Nationalratswahl 2024 sich auf die Freiheit politischer Meinungsäußerung auswirkte. Dazu wurden dieselben Menschen kurz vor und kurz nach der Nationalratswahl befragt. Die Analyse zeigt, dass die Nationalratswahl keine Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung hatte (siehe Abbildung 9).

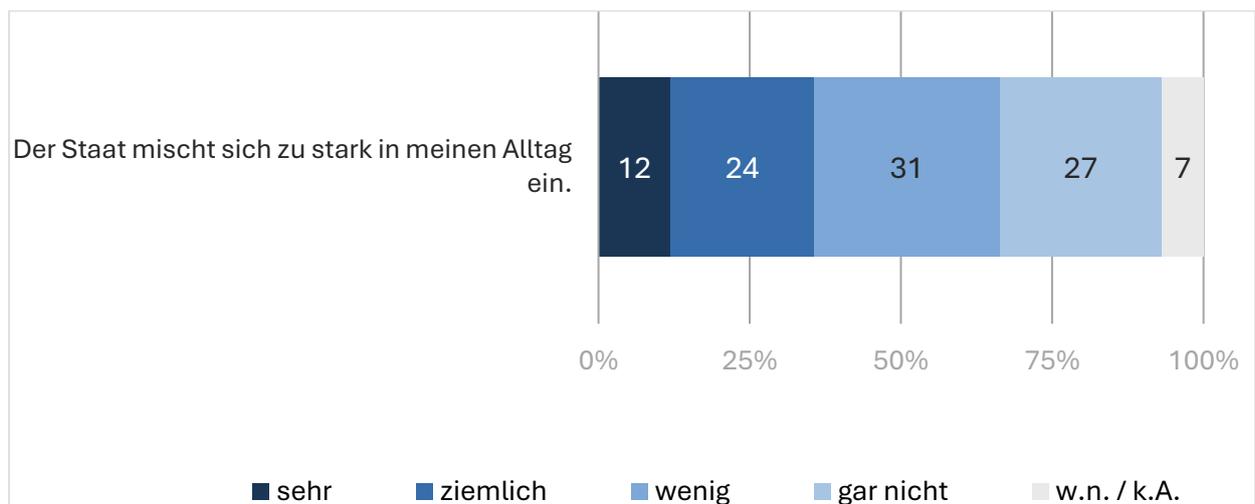
**Abbildung 9: Vergleich Freiheit politischer Meinungsäußerung vor und nach der Nationalratswahl 2024**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Österreich seine politische Meinung frei äußern kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“

Darüber hinaus wurden die subjektive Wahrnehmung staatlicher Einmischung und ihre Bedeutung für das Freiheitsgefühl untersucht. Diese wurde anhand der Zustimmung zur Frage „Der Staat mischt sich zu stark in meinen Alltag ein“ gemessen. Dabei zeigt sich, dass die Mehrheit der Befragten (58%) wenig (31%) oder keine (27%) staatliche Einmischung in den persönlichen Alltag wahrnehmen. Umgekehrt äußert sich aber etwas mehr als ein Drittel der Befragten sehr (12%) oder ziemlich (24%) kritisch (siehe Abbildung 10).

**Abbildung 10: Subjektive Wahrnehmung staatlicher Einmischung in den Alltag**

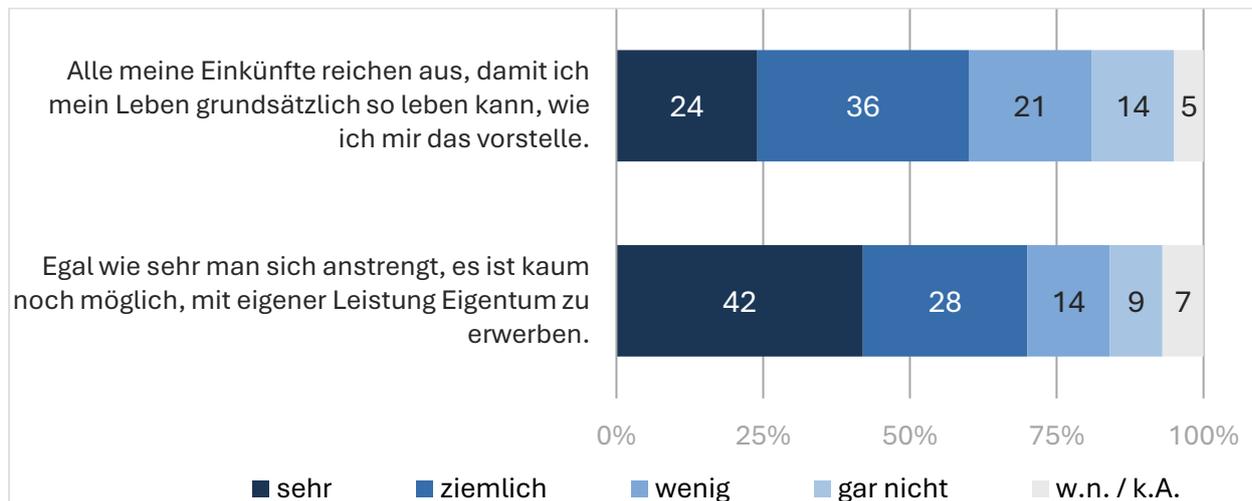


Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Der Staat mischt sich zu stark in meinen Alltag ein.“

Freiheit zeichnet sich in modernen demokratischen Gesellschaften nicht nur durch die Abwesenheit von Zwängen bzw. direkten Einschränkungen (z.B. Verboten) aus. Zentral sind auch die Möglichkeiten, Freiheitsansprüche bzw. Freiheitsvorstellungen praktisch umzusetzen. Dafür sind u.a. finanzielle Möglichkeiten zentral, die es erlauben, das eigene Leben tatsächlich so zu führen, wie man es sich wünscht/vorstellt. D.h., es geht um die Ansprüche und Bedingungen, die aus theoretischer Freiheit (Abwesenheit von unmittelbaren Einschränkungen) erst praktische Freiheit machen (reale Wahlmöglichkeit bzw. Realisierungschancen für die Umsetzung eigener Wünsche und Vorstellungen), und damit um die Möglichkeit, real ein selbstbestimmtes Leben zu führen. So hat z.B. die theoretisch freie Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Ärzt:innen, Bildungseinrichtungen oder auch Verkehrsmitteln praktisch wenig Bedeutung, wenn diese nicht auch erreichbar bzw. finanziell leistbar sind.

Betrachtet man die subjektive Einschätzung, ob die finanziellen Ressourcen genügen, um das Leben nach eigenen Vorstellungen zu führen, zeigt sich, dass die Mehrheit der Befragten (60%) sehr (24%) oder ziemlich (36%) zustimmt. Umgekehrt stufen etwas mehr als ein Drittel der Befragten (35%) ihre Einkünfte als wenig (21%) oder gar nicht (14%) ausreichend ein, um ihr Leben gemäß ihren eigenen Wünschen zu führen (siehe Abbildung 11).

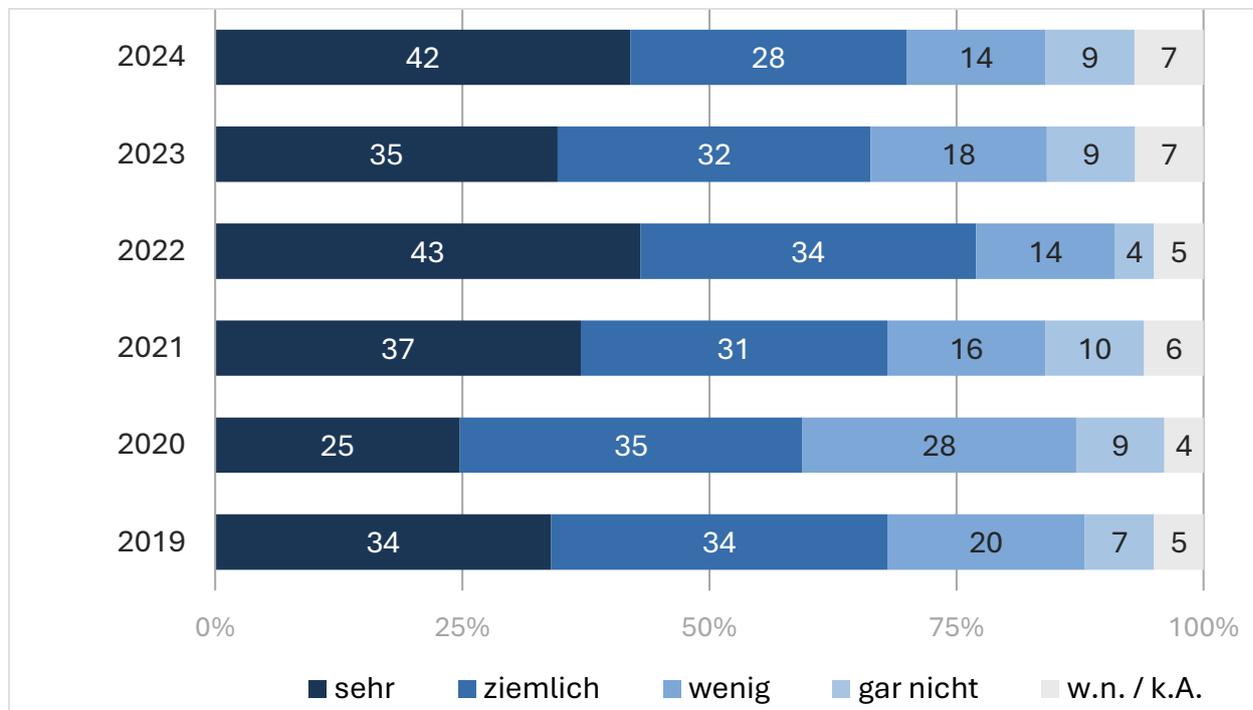
**Abbildung 11: Subjektive Wahrnehmung finanzieller Ressourcen und Möglichkeit von Eigentumserwerb**



Angaben in Prozent. Frage (oben) im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Alle meine Einkünfte reichen aus, damit ich mein Leben grundsätzlich so leben kann, wie ich mir das vorstelle.“ Frage (unten) im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Egal wie sehr man sich anstrengt, es ist kaum noch möglich, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben.“

Deutlich skeptischer fällt die Einschätzung der Möglichkeit von Eigentumserwerb durch eigene Leistung aus. Mehr als zwei Drittel der Befragten (70%) sehen keine (42%) oder eher keine (28%) Möglichkeit des Eigentumserwerbs durch eigene Leistung (siehe Abbildung 11). Im Jahresvergleich zeigt sich, dass die Möglichkeit des Eigentumserwerbs durch eigene Leistung in der Gesamtpopulation nach einem Rückgang in den Jahren 2021 und 2022 (Glaser/Heinz 2022) seit 2023 wieder etwas positiver eingeschätzt wird (siehe Abbildung 12). Nach wie vor hat aber nur eine Minderheit von 25% der Befragten den Eindruck, Eigentum auf Basis eigener Leistung erwerben zu können.

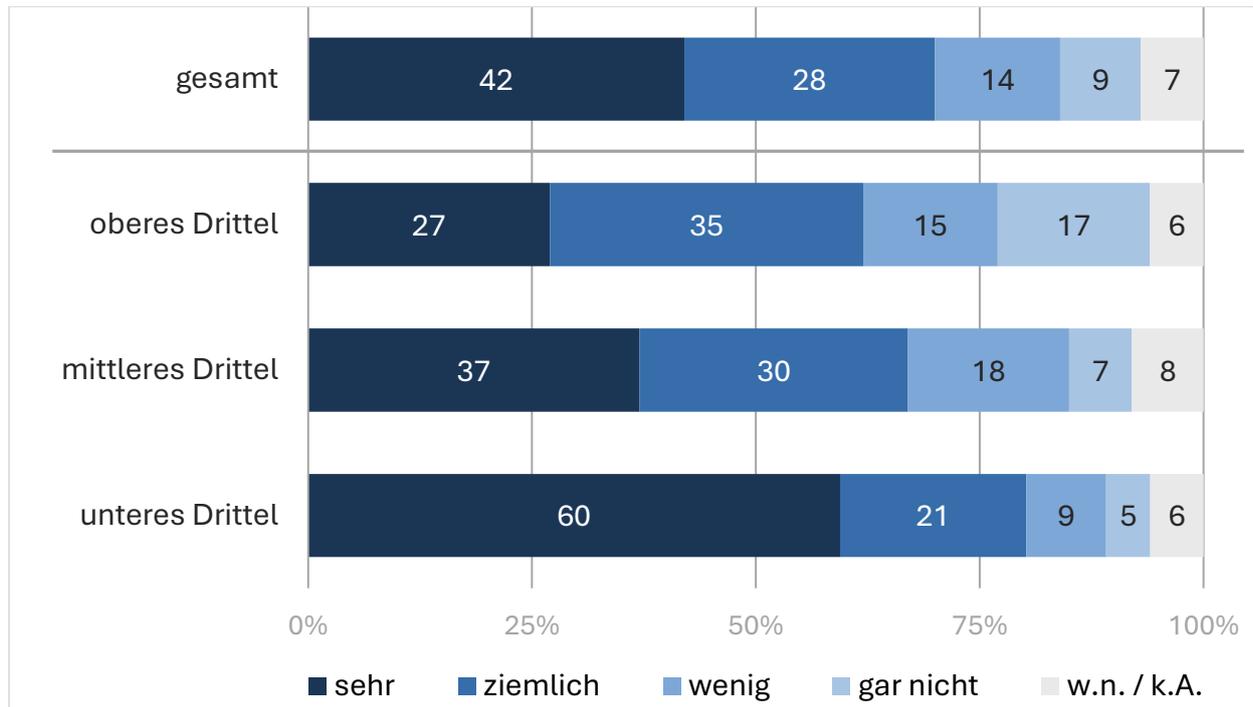
**Abbildung 12: Entwicklung Selbstwirksamkeit Eigentumserwerb im Jahresverlauf**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Egal wie sehr man sich anstrengt, es ist kaum noch möglich, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben.“

Im unteren ökonomischen Drittel sehen sogar acht von zehn Befragten (80%) keine Möglichkeit, Eigentum durch eigene Leistung zu erwerben. Im mittleren sowie im oberen Drittel sind es zwar deutlich weniger, aber mit jeweils etwas weniger (63%) bzw. mehr (67%) als zwei Drittel der Befragten immer noch eine deutliche Mehrheit (siehe Abbildung 13).

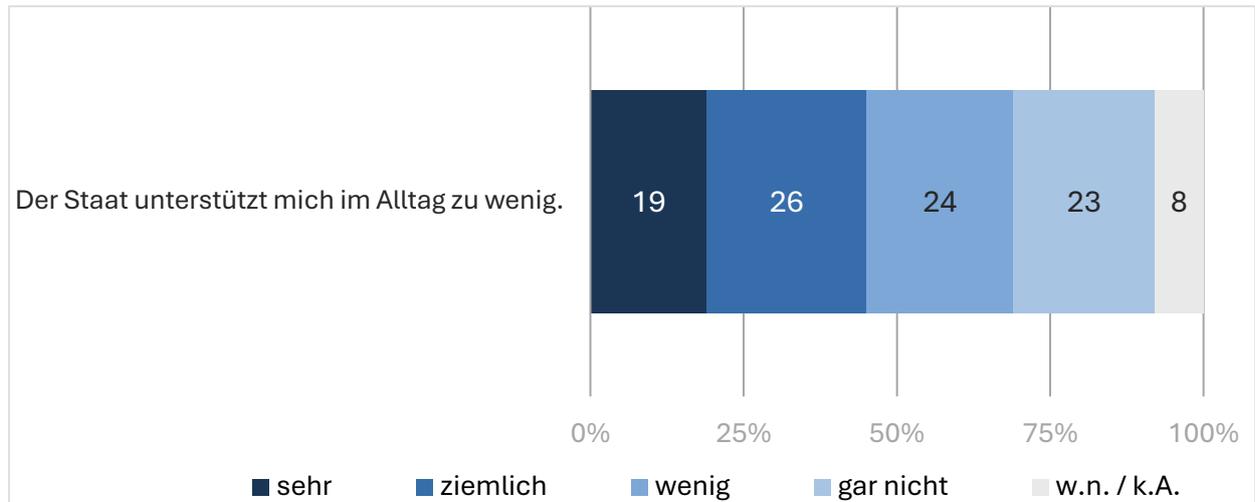
**Abbildung 13: Selbstwirksamkeit Eigentumserwerb nach ökonomischen Dritteln**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Egal wie sehr man sich anstrengt, es ist kaum noch möglich, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben.“

Zusätzlich zur Wahrnehmung der Realisierbarkeit eigener Lebensvorstellungen sowie von Eigentumserwerb durch eigene Leistung wurden die subjektive Wahrnehmung staatlicher Unterstützung und ihre Bedeutung für das Freiheitsgefühl untersucht. Dabei zeigt sich, dass etwas weniger als die Hälfte der Befragten (45%) sich mehr staatliche Unterstützung im Alltag sehr (19%) oder ziemlich (26%) wünscht. Umgekehrt sieht fast die Hälfte der Befragten (47%) keine (23%) oder wenig (24%) Notwendigkeit nach einem Ausbau (siehe Abbildung 14).

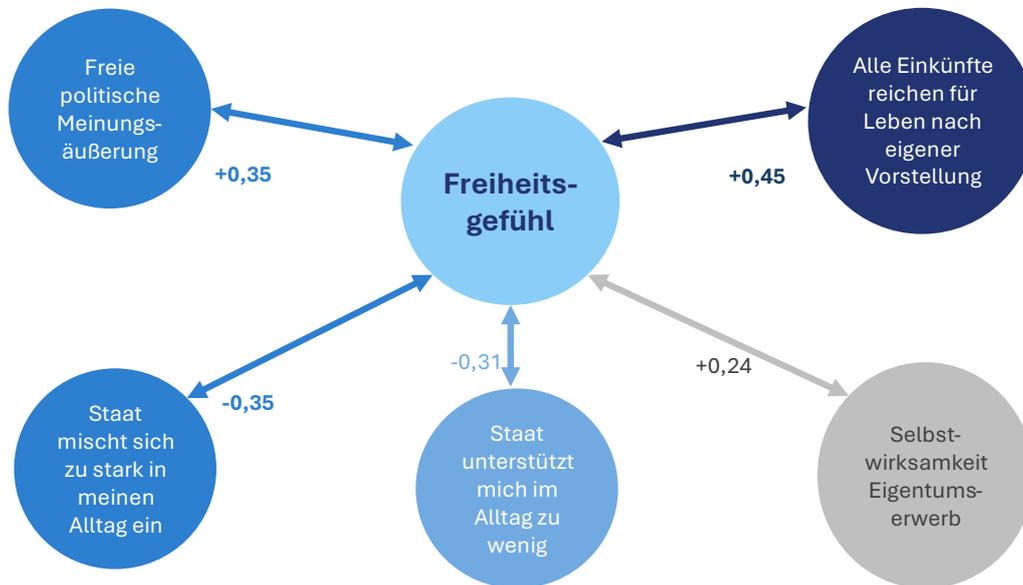
**Abbildung 14: Subjektive Wahrnehmung staatlicher Unterstützung im Alltag**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Der Staat unterstützt mich im Alltag zu wenig.“

Betrachtet man die Bedeutung der untersuchten Dimensionen für das Freiheitsgefühl, zeigt sich, dass die Einschätzung, ob die Einkünfte die Realisierbarkeit eigener Lebensvorstellungen ermöglichen, am stärksten mit dem subjektiven Freiheitsgefühl korreliert ( $r=0,45$ ). Außerdem lässt sich ein moderater Zusammenhang zwischen dem Freiheitsgefühl und der Freiheit politischer Meinungsäußerung ( $r=0,35$ ) sowie der Wahrnehmung übermäßiger staatlicher Einmischung ( $r=-0,35$ ) und fehlender staatlicher Unterstützung ( $r=-0,31$ ) erkennen. Den schwächsten Effekt auf das subjektive Freiheitsgefühl gibt es bei der Einschätzung der Möglichkeit von Eigentumserwerb durch eigene Leistung ( $r=0,24$ ) (siehe Abbildung 15).

Abbildung 15: Korrelation der untersuchten Komponenten mit dem Freiheitsgefühl



Darstellung der Korrelationskoeffizienten (Spearman-Rho)

### 2.3 Vergleich „subjektives Freiheitsempfinden“ Österreich und Deutschland

Die Neukonzeption des Freiheitsindex 2024 zielt auch auf internationale Vergleichbarkeit ab. Dazu orientiert sich die methodische Vorgehensweise in Teilen am deutschen Freiheitsindex. Daher wurde im Rahmen des Freiheitsindex 2024 zusätzlich zum subjektiven Freiheitsgefühl auch die Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung erhoben. Aus beiden Variablen wurde – analog zum deutschen Freiheitsindex – ein Teilindex „subjektives Freiheitsempfinden“ gebildet (siehe dazu z.B. Schatz/Petersen 2023).

Die Berechnung des deutschen Freiheitsindex zielt darauf ab, eine robuste Kennzahl zu ermitteln, die „auf einen Blick Auskunft über den Stellenwert der Freiheit in der deutschen Gesellschaft geben soll“ (Schatz/Petersen 2023, 26). Die Bandbreite, innerhalb derer der Indexwert schwanken kann, liegt zwischen -50 und +50. Ein Wert über Null symbolisiert ein Übergewicht der Freiheit im Vergleich zu konkurrierenden Werten und gesellschaftlichen Zielen, ein Wert unter Null steht für eine vergleichsweise schwächere Position des Werts der Freiheit. Auf diese Weise ermöglicht es der Freiheitsindex, auf den ersten Blick zu erkennen, ob die Freiheit gesellschaftlich unter Druck steht.

Der Teilindex „subjektives Freiheitsempfinden“ wird konkret wie folgt berechnet: Er umfasst die Umfrageergebnisse zur subjektiv empfundenen Freiheit, d.h. die Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung und das subjektive Freiheitsgefühl.

Zuerst wird der Anteil derjenigen ermittelt, die in Österreich im Jahr 2024 die Meinung vertreten, man könne seine politische Meinung frei äußern. Dieser Anteil liegt bei 40%, während 52% die Gegenposition „man solle besser vorsichtig sein“ vertreten. 8% äußern sich unentschieden.<sup>8</sup> Um die Gegenpositionen einander gegenüberzustellen, werden für den Index die 8% Unentschiedenen aus dem Ergebnis herausgerechnet, sodass allein der Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen Positionen übrigbleibt: 44% derer, die eine eindeutige Meinung äußern, geben an, man könne in Österreich seine politische Meinung frei äußern, 56% sagen, man solle besser vorsichtig sein. Gäbe es ein Gleichgewicht zwischen den beiden gegensätzlichen Meinungen, müsste der Anteil derjenigen, die sagen, man könne in Österreich seine politische Meinung frei äußern, bei 50% liegen. Deswegen wird dieser Wert als Nullpunkt, als Bezugspunkt definiert. Das tatsächliche Ergebnis von 44% liegt 6 Prozentpunkte darunter. Darum geht diese Frage mit dem Wert von -6 in den Teilindex ein. Analog dazu wird auch beim subjektiven Freiheitsgefühl vorgegangen: Der Anteil derer, die sich in ihrem persönlichen Leben sehr frei fühlen und dies dadurch ausdrücken, dass sie bei der entsprechenden Frage auf einer Skala von 0 bis 10 die Stufen 8, 9 oder 10 wählen, liegt im Jahr 2024 in Österreich bei 55% der Befragten. Gemessen am Basiswert 50 ergibt sich damit ein Wert von +5. Aus diesen beiden Teilwerten wird nun der Durchschnitt gebildet. Der Wert des Teilindex „subjektives Freiheitsempfinden“ entspricht dem Durchschnitt aus den beiden Teilwerten, also -0,5.

Für Deutschland zeigt sich im Jahr 2024 folgendes Ergebnis des Teilindex „subjektives Freiheitsempfinden“: Der Anteil derjenigen, die in Deutschland im Jahr 2024 die Meinung vertreten, man könne seine politische Meinung frei äußern, liegt – nach Abzug der Unentschiedenen – bei 53%. Demgegenüber sagen 47%, man solle besser vorsichtig sein. Diese Frage geht daher mit dem Wert von +3 in den Teilindex ein. Weiters liegt der Anteil der in Deutschland Befragten, die sich in ihrem persönlichen Leben sehr frei fühlen, bei 53%, was abermals einem Wert von +3 entspricht. Der Durchschnitt aus beiden Teilwerten und damit der Wert des Teilindex liegt dementsprechend ebenfalls bei +3 (Schatz 2024, 54f.).

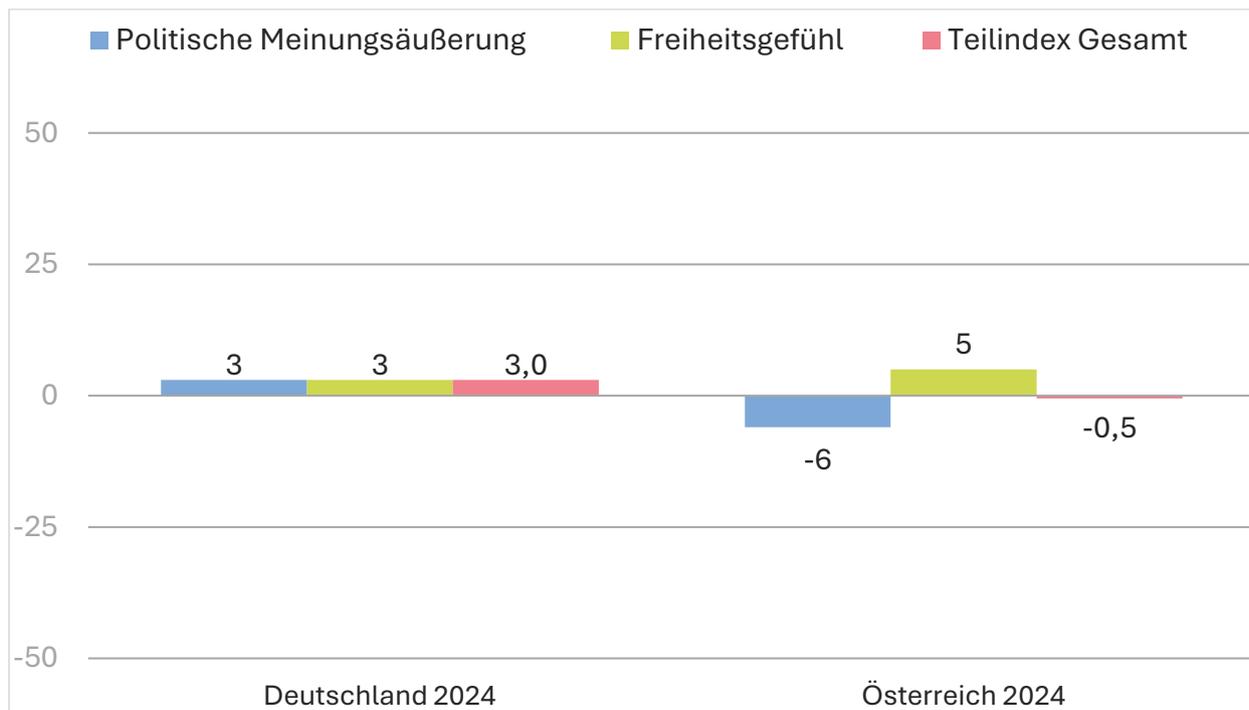
Der Ländervergleich zeigt für Deutschland einen positiven Indexwert, für Österreich dagegen einen leicht negativen. Das subjektive Freiheitsempfinden steht demnach 2024 in Österreich eher unter Druck. Vorrangig lässt sich dabei ein

---

<sup>8</sup> Diejenigen, die die Antwortoption „weiß nicht / keine Angabe“ gewählt haben, wurden herausgerechnet.

deutliches Defizit in der Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung in der österreichischen Bevölkerung erkennen, wohingegen das subjektive Freiheitsgefühl über dem deutschen Teilwert liegt (siehe Abbildung 16).

**Abbildung 16: Vergleich Teilindex „subjektives Freiheitsempfinden“ in Deutschland und Österreich**



Fragen im Wortlaut: „Haben Sie das Gefühl, das man heute in Österreich seine politische Meinung frei äußern kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ (blauer Balken); „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein.“ (grüner Balken)

### 3 Einstellungen zu Bildung(spolitik)

Der diesjährige Schwerpunkt des Freiheitsindex widmet sich dem Thema Bildung. In diesem Rahmen wurden zum einen Einstellungen gegenüber konkreten bildungspolitischen Maßnahmen untersucht. Zum anderen wurden Ansichten zur Verantwortung für Bildung und zur Bedeutung/Funktion von Bildung erhoben.

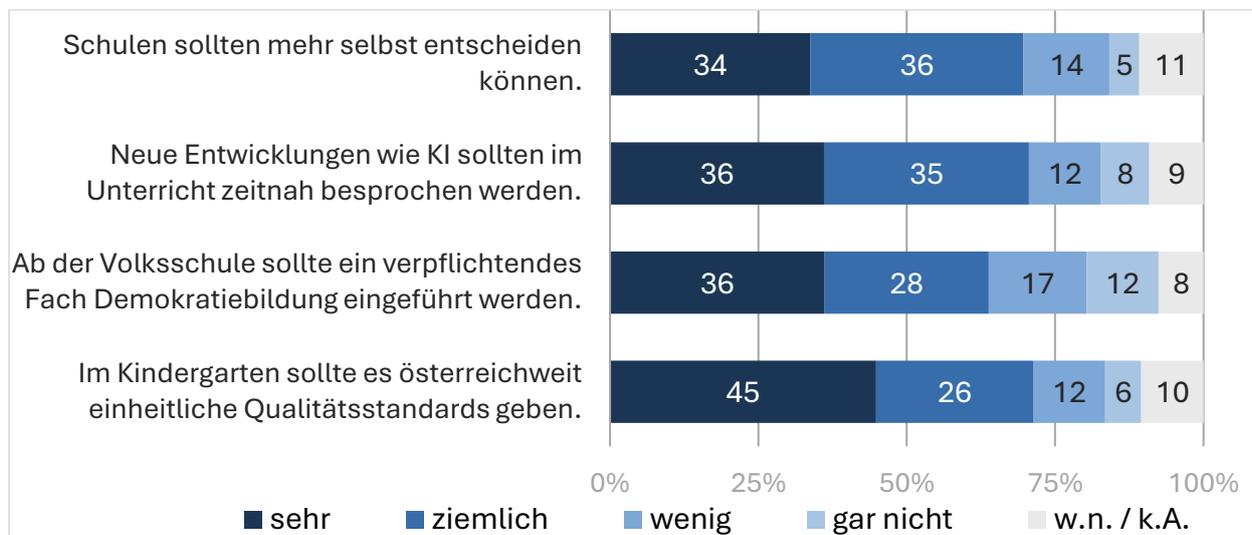
#### 3.1 Einstellungen zu Bildungsmaßnahmen

Im Rahmen des Freiheitsindex 2024 wurden die Interviewteilnehmer:innen neben den freiheitsbezogenen Dimensionen auch zu ihren Ansichten zu bildungspolitischen Maßnahmen befragt. Diese umfassen die Erhöhung der Schulautonomie, die zeitnahe Thematisierung neuer Entwicklungen im Unterricht, die Einführung eines verpflichtenden Fachs Demokratiebildung ab der

Volksschule sowie die österreichweite Vereinheitlichung von Qualitätsstandards in der Elementarbildung.

Dabei zeigt sich eine deutliche Zustimmung zu einer Erhöhung der Schulautonomie: Sieben von zehn Befragten (70%) befürworten die Frage sehr (34%) oder ziemlich (36%) (siehe Abbildung 17). Die Zustimmung steigt mit zunehmendem Alter: Befragte aus der jüngsten Altersgruppe bis 29 Jahre äußern sich deutlich skeptischer (57%) als Befragte ab 60 Jahren (77%) (siehe Abbildung 18).<sup>9</sup>

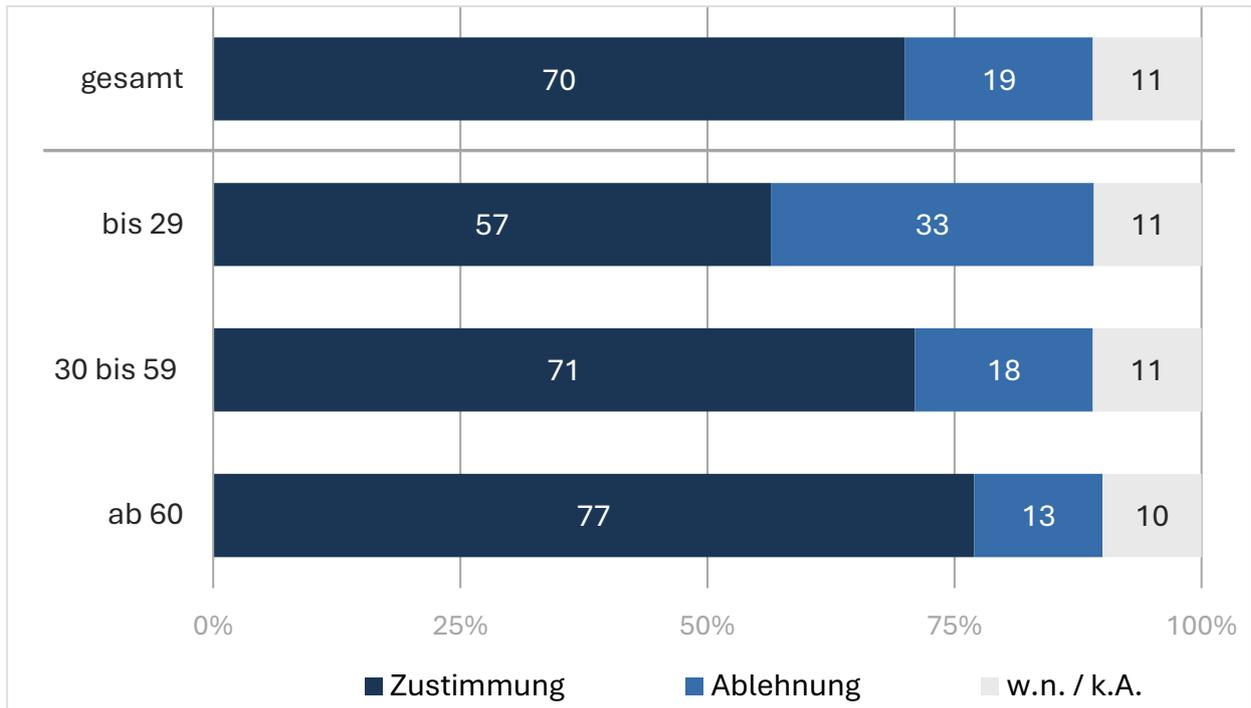
**Abbildung 17: Einstellungen zu Bildungsmaßnahmen**



Angaben in Prozent. Fragen im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? 1) Schulen sollten mehr selbst entscheiden können, z.B. bei der Auswahl der Lehrkräfte oder der Unterrichtsgestaltung. 2) Neue Entwicklungen wie KI sollten im Unterricht zeitnah besprochen werden. 3) Ab der Volksschule soll ein verpflichtendes Fach Demokratiebildung eingeführt werden. 4) Im Kindergarten sollte es österreichweit einheitliche Qualitätsstandards geben, z.B. bei der Gruppengröße oder den Öffnungszeiten.“

<sup>9</sup> In der Darstellung/Abbildung wurden die Kategorien „stimme sehr zu“ und „stimme ziemlich zu“ sowie „stimme gar nicht zu“ und „stimme wenig zu“ zusammengefasst.

Abbildung 18: Schulautonomie nach Alter

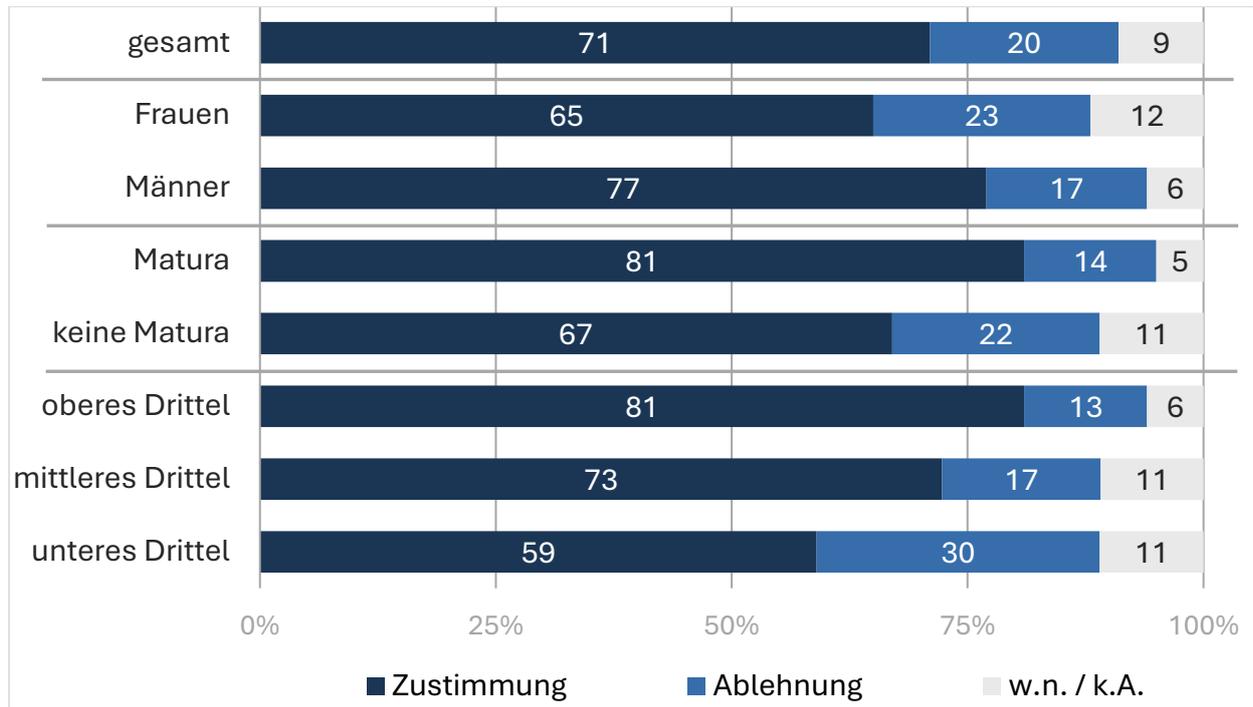


Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Schulen sollten mehr selbst entscheiden können, z.B. bei der Auswahl der Lehrkräfte oder der Unterrichtsgestaltung.“

Einer zeitnahen Thematisierung neuer Entwicklungen wie KI im Unterricht stimmt ebenfalls eine deutliche Mehrheit von 71% der Befragten sehr (36%) oder ziemlich (35%) zu. Befragte mit Matura (81%) und jene aus dem oberen Einkommensdrittel (81%) sowie – in geringerem Ausmaß - Männer (77%) befürworten die Aussage etwas häufiger. Befragte aus dem unteren Einkommensdrittel äußern sich dagegen etwas kritischer, aber auch hier stimmt eine deutliche Mehrheit von 59% zu (siehe Abbildung 19).<sup>10</sup>

<sup>10</sup> In der Darstellung/Abbildung wurden die Kategorien „stimme sehr zu“ und „stimme ziemlich zu“ sowie „stimme gar nicht zu“ und „stimme wenig zu“ zusammengefasst.

**Abbildung 19: Zeitnahe Thematisierung neuer Entwicklungen nach Geschlecht, formaler Bildung und ökonomischem Drittel**

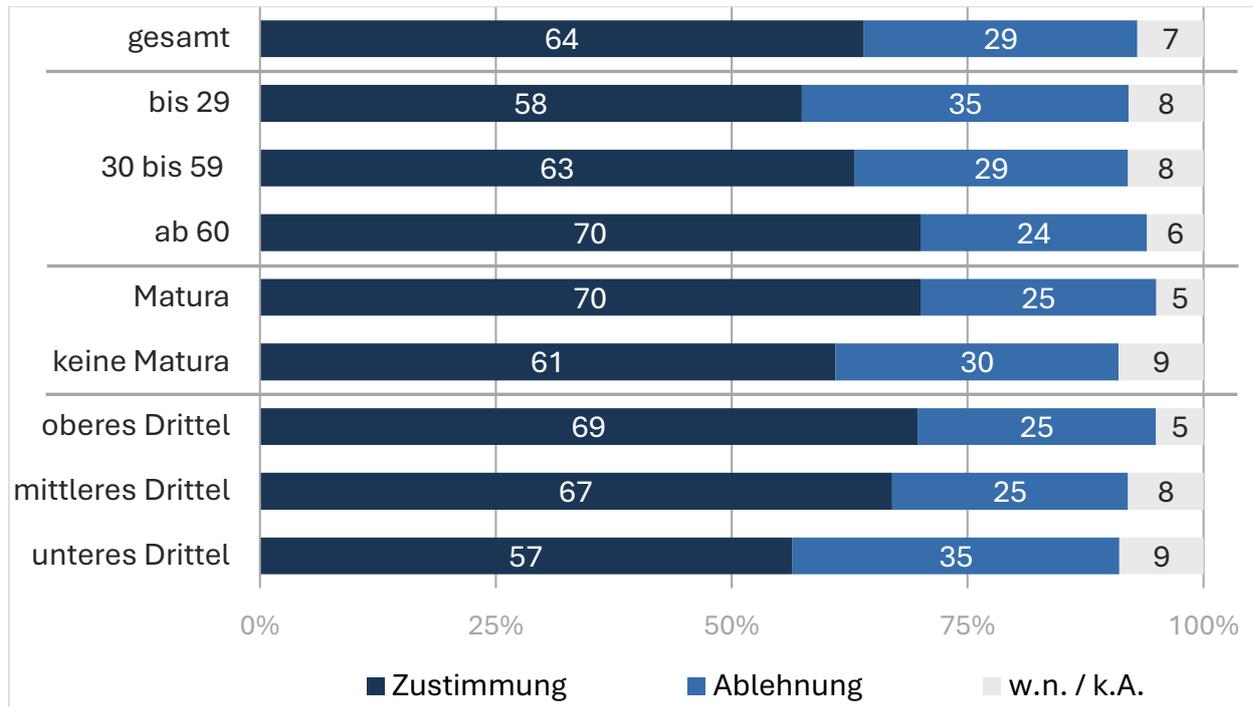


Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Neue Entwicklungen wie KI sollten im Unterricht zeitnah besprochen werden.“

Die Einführung eines verpflichtenden Faches Demokratiebildung ab der Volksschule wird ebenfalls von einer deutlichen Mehrheit der Befragten (64%) sehr (36%) oder ziemlich (28%) befürwortet. Ältere Menschen ab 60 Jahren (70%) sowie Befragte mit Matura (70%) äußern sich etwas häufiger positiv, Befragte aus dem unteren Einkommensdrittel (59%) sowie jüngere Befragte bis 29 Jahre (58%) dagegen etwas negativer, aber auch hier stimmt jeweils eine deutliche Mehrheit zu (siehe Abbildung 20).<sup>11</sup>

<sup>11</sup> In der Darstellung/Abbildung wurden die Kategorien „stimme sehr zu“ und „stimme ziemlich zu“ sowie „stimme gar nicht zu“ und „stimme wenig zu“ zusammengefasst.

**Abbildung 20: Verpflichtendes Fach Demokratiebildung nach Alter, formaler Bildung und ökonomischem Drittel**

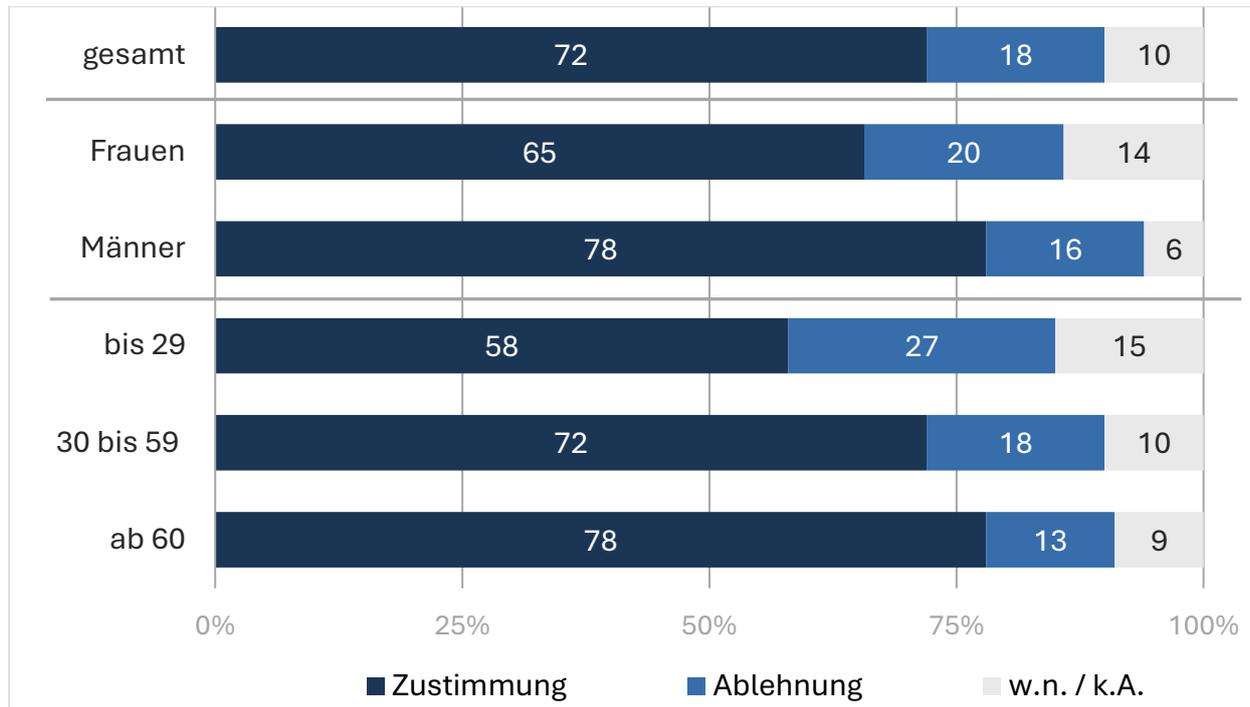


Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Ab der Volksschule soll ein verpflichtendes Fach Demokratiebildung eingeführt werden.“

Eine deutliche Mehrheit der Befragten (72%) stimmt auch der Einführung österreichweit einheitlicher Qualitätsstandards im Kindergarten sehr (45%) oder ziemlich (27%) zu. Jüngere Menschen bis 29 Jahre (58%) sowie – in geringerem Ausmaß – Frauen (65%) äußern sich etwas seltener positiv. Männer (78%) und ältere Menschen ab 60 Jahren (78%) befürworten die Vereinheitlichung dagegen etwas häufiger (siehe Abbildung 21).<sup>12</sup>

<sup>12</sup> In der Darstellung/Abbildung wurden die Kategorien „stimme sehr zu“ und „stimme ziemlich zu“ sowie „stimme gar nicht zu“ und „stimme wenig zu“ zusammengefasst.

**Abbildung 21: Österreichweit einheitliche Qualitätsstandards im Kindergarten nach Geschlecht und Alter**



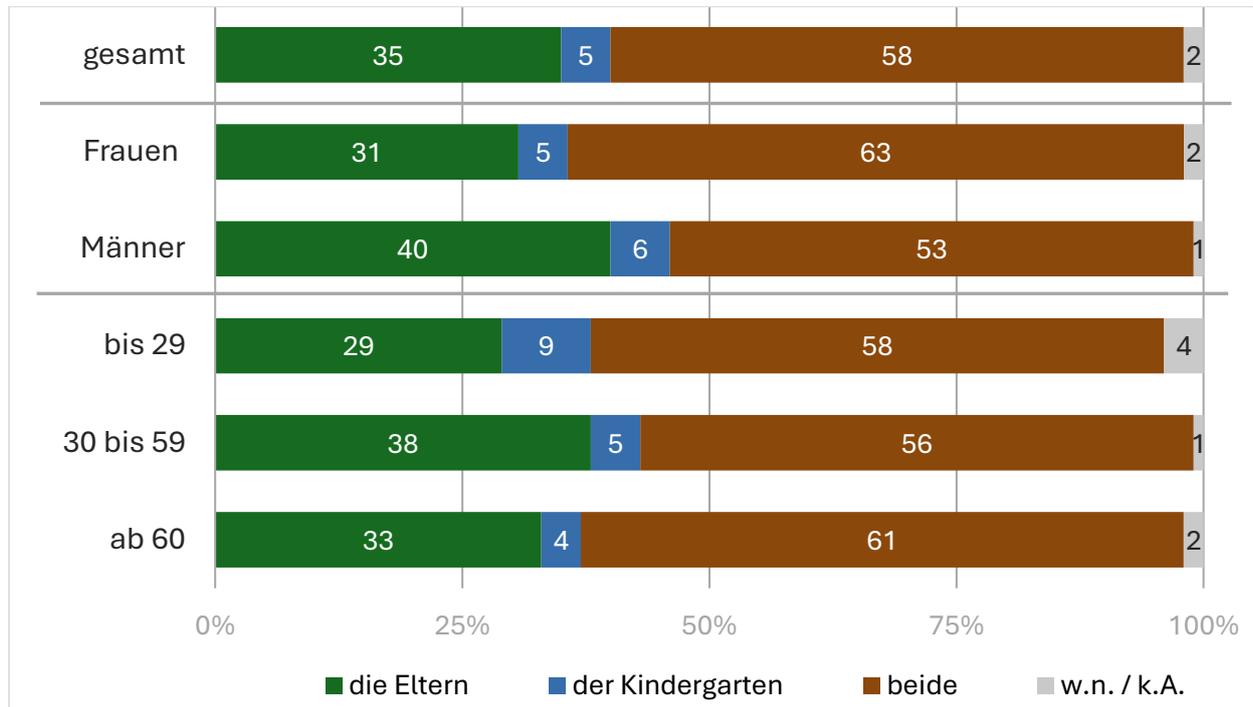
Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgender Aussage sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Im Kindergarten sollte es österreichweit einheitliche Qualitätsstandards geben, z.B. bei der Gruppengröße oder den Öffnungszeiten.“

### 3.2 Einstellungen zu Bildungsverantwortung und Bedeutung von Bildung

Neben den Ansichten zu konkreten bildungspolitischen Maßnahmen wurde auch nach den Einstellungen zur Verantwortung im Bildungsbereich gefragt. Zusätzlich dazu wurde die subjektive Bedeutung untersucht, die die Befragten der Bildung zumessen.

In diesem Rahmen wurde erstens erhoben, wo die Befragten die Verantwortung für das Erlernen von Grundkompetenzen wie Spracherwerb, Zählen oder Zeichnen vor dem Schuleintritt verorten: bei den Eltern, beim Kindergarten oder bei beiden gleichermaßen. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (35%) sehen die Verantwortung für das Erlernen von Grundkompetenzen bei den Eltern. Demgegenüber wird die Verantwortung von nur 5% der Befragten beim Kindergarten verortet. Für fast sechs von zehn Befragten (58%) liegt die Verantwortung bei beiden gleichermaßen. Frauen und junge Menschen sehen eine etwas stärkere institutionelle Verantwortung (siehe Abbildung 22).

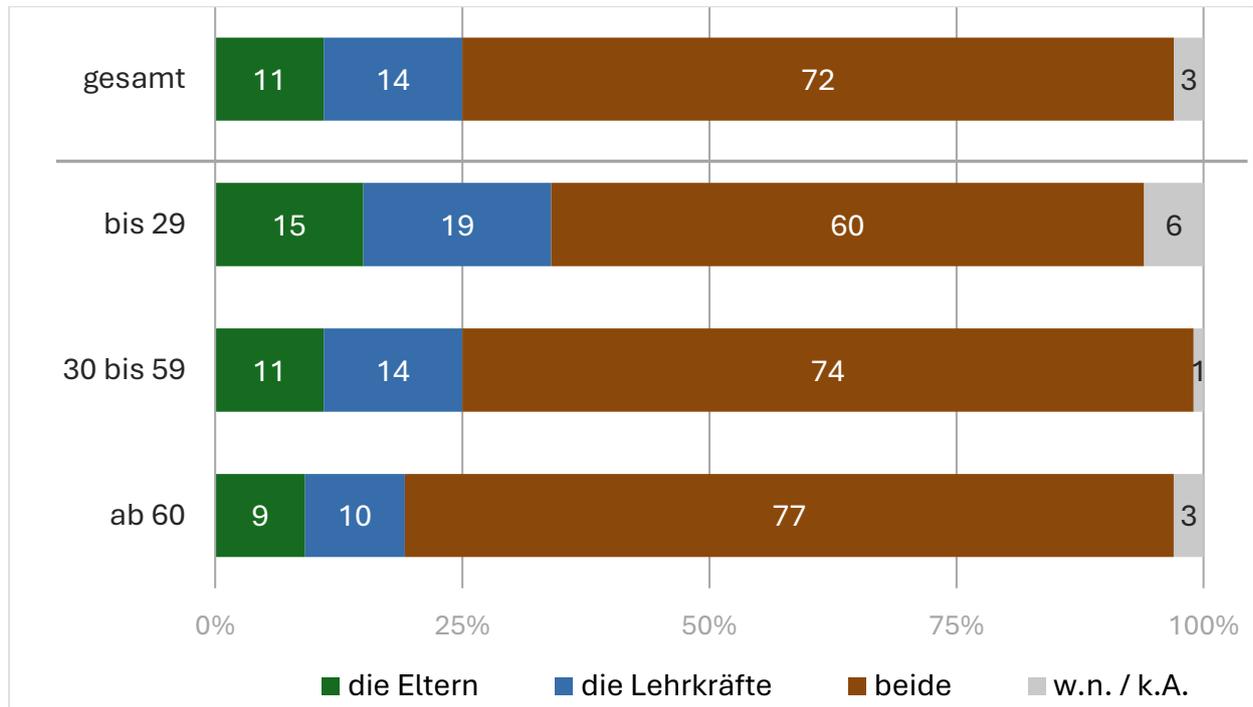
**Abbildung 22: Verantwortung für das Erlernen von Grundkompetenzen vor dem Schuleintritt gesamt sowie nach Geschlecht und Alter**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wer ist Ihrer Ansicht nach verantwortlich für das Erlernen von Grundkompetenzen wie Spracherwerb, Zählen oder Zeichnen vor dem Schuleintritt?“

Zweitens wurde danach gefragt, ob die Verantwortung für den Bildungserfolg von Schüler:innen bei den Lehrkräften, den Eltern oder bei beiden gleichermaßen gesehen wird. Hier wird die Verantwortung nur noch in einem deutlich geringeren Ausmaß bei den Eltern verortet: Lediglich etwas mehr als eine:r von zehn Befragten (11%) befürwortet diese Option. Ein etwas höherer Anteil von 14% der Befragten sieht die Verantwortung bei den Lehrer:innen und fast drei Viertel der Befragten (72%) stufen beide als gleichermaßen verantwortlich ein. Jüngere Befragte sehen die Verantwortung sowohl etwas häufiger bei den Eltern (15%) als auch bei den Lehrer:innen (19%) (siehe Abbildung 23).

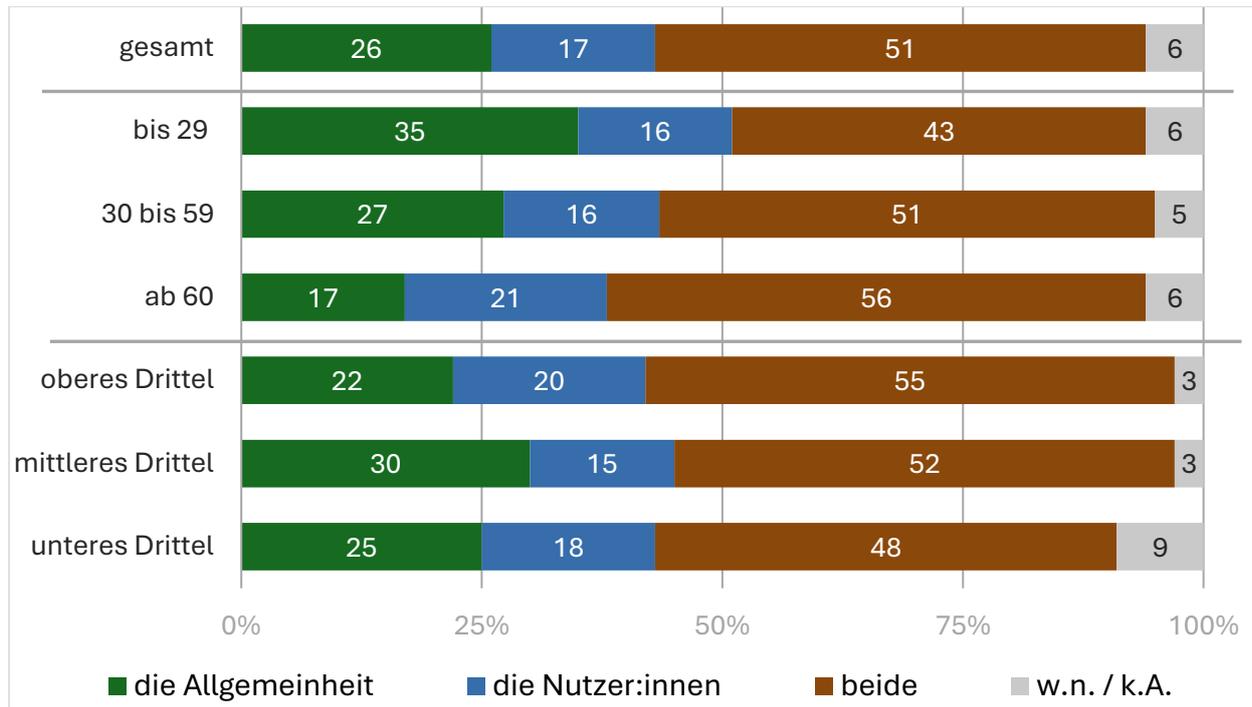
**Abbildung 23: Verantwortung für den Bildungserfolg von Schüler:innen gesamt sowie nach Alter**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wer ist Ihrer Ansicht nach verantwortlich für den Bildungserfolg der Schüler:innen?“

Drittens wurde gefragt, ob die Verantwortung für die Finanzierung von Weiterbildung bei der Allgemeinheit, den Nutzer:innen oder bei beiden verortet wird. Dabei sprechen sich etwas mehr als ein Viertel der Befragten (26%) für eine gesellschaftliche Finanzierung der Weiterbildung aus. Demgegenüber sehen 17% der Befragten die Verantwortung bei den Nutzer:innen und eine knappe Mehrheit von 51% der Befragten sieht beide gleichermaßen in der Verantwortung. Jüngere Befragte bis 29 Jahre (35%) befürworten häufiger eine gesellschaftliche Finanzierung, ältere Befragte ab 60 Jahren dagegen seltener (17%). Insgesamt zeigt sich, dass die große Mehrheit der Befragten denkt, dass die Finanzierung von Weiterbildung auch eine gesellschaftliche Aufgabe ist (siehe Abbildung 24).

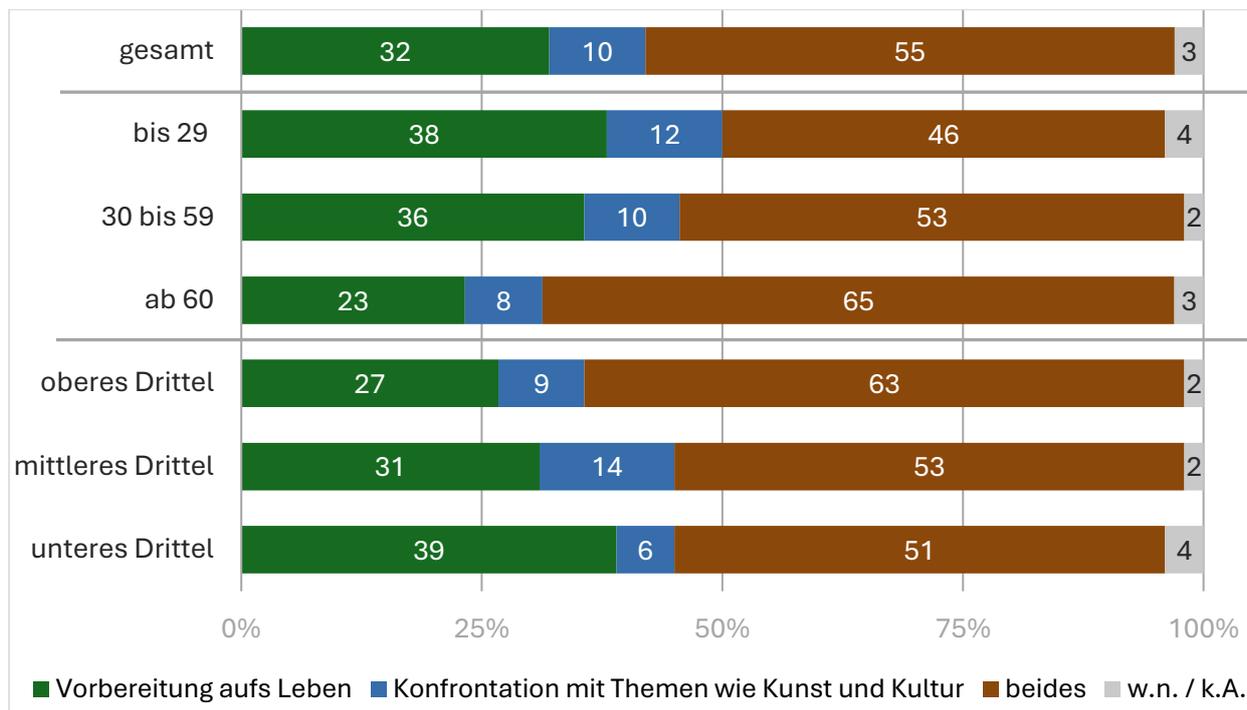
**Abbildung 24: Verantwortung für die Finanzierung von Weiterbildung gesamt sowie nach Alter und ökonomischem Drittel**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wer ist Ihrer Ansicht nach verantwortlich für die Finanzierung der Weiterbildung?“

Zuletzt wurden die Ansichten zur Bedeutung von Bildung anhand der Frage „Was bedeutet für Sie gute Bildung?“ mit den Antwortoptionen „Dass man auf das Leben vorbereitet wird“, „Dass man auch mit Themen konfrontiert wird, die man im Alltag nicht nützt/erlebt, z.B. Kunst und Kultur“ und „Beides“ untersucht. Fast ein Drittel der Befragten (32%) sieht die Bedeutung von guter Bildung v.a. in der Vorbereitung aufs Leben. Demgegenüber hält nur eine:r von zehn Befragten (10%) die Konfrontation mit Themen wie Kunst und Kultur für besonders bedeutsam. Eine Mehrheit von 55% der Befragten stuft beides als gleichermaßen relevant ein (siehe Abbildung 25). Ältere Menschen ab 60 Jahren stufen die Vorbereitung aufs Leben seltener als besonders bedeutsam ein (23%), Menschen aus dem unteren Einkommensdrittel dagegen etwas häufiger (39%).

**Abbildung 25: Bedeutung guter Bildung gesamt sowie nach Alter und ökonomischem Drittel**



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Was bedeutet für Sie gute Bildung? Dass man auf das Leben vorbereitet wird, dass man auch mit Themen konfrontiert wird, die man im Alltag nicht nützt/erlebt, z.B. Kunst und Kultur, beides.“

## 4 Zentrale Ergebnisse

Der Freiheitsindex wird seit dem Jahr 2018 im Rahmen des Österreichischen Demokratie Monitors (ÖDM) durchgeführt. Dabei wird untersucht, wie frei sich die Menschen in Österreich fühlen, wie sich das Freiheitsgefühl im Laufe der Jahre entwickelt hat und welche Faktoren dafür ausschlaggebend sind, wie frei oder unfrei sich die Menschen fühlen. Die bisherige Entwicklung zeigt einen Abwärtstrend zwischen den Jahren 2018 und 2021/2022. Seit dem Jahr 2023 hat das Freiheitsgefühl in Österreich wieder zugenommen und befindet im Jahr 2024 mit einem Anteil von 74% der Befragten, die sich frei (54%) oder eher frei (20%) fühlen, deutlich über dem Vorjahreswert (2023: 66%). Der aktuelle Wert liegt sehr nahe an jenem des Jahres 2019, d.h. vor Beginn der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen.

Zusätzlich zur Entwicklung des Freiheitsgefühls im Jahresverlauf wurde im Rahmen des Freiheitsindex 2024 untersucht, ob die unmittelbare Möglichkeit der Teilnahme an der Nationalratswahl 2024 sich auf das Freiheitsgefühl auswirkte. Dazu wurden dieselben Menschen kurz vor und kurz nach der Nationalratswahl befragt. Die Analyse ergab, dass die Nationalratswahl keine Auswirkungen auf das Freiheitsgefühl der Menschen hatte.

Erneut zeigt sich im Jahr 2024 die zentrale Bedeutung ökonomischer Ressourcen für das Freiheitsgefühl. Eine gute finanzielle Absicherung in der Zukunft und ausreichend Einkommen wirken sich positiv auf das Gefühl von Freiheit aus, d.h., das Freiheitsgefühl nimmt mit steigendem Zugang zu ökonomischen Ressourcen deutlich zu. Neben den ökonomischen Ressourcen haben das Alter und die formale Bildung einen signifikanten Einfluss auf das Freiheitsgefühl. Ältere Menschen ab 60 Jahren fühlen sich freier als jüngere Altersgruppen. Die Unterschiede nach formaler Bildung zeigen sich v.a. zwischen Menschen mit Pflicht- oder Lehrabschluss und jenen mit längerer Schullaufbahn (BMS, Matura, tertiärer Bildungsabschluss): Befragte mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss fühlen sich seltener frei als jene mit BMS-Abschluss, Matura oder tertiärem Bildungsabschluss.

Im Rahmen des Freiheitsindex 2024 wurden außerdem Dimensionen erhoben, die sowohl die Wahrnehmung von Einschränkungen der persönlichen Freiheit (negative Freiheit) messen als auch die Möglichkeiten, theoretische Freiheit praktisch umzusetzen (d.h., das Leben gemäß eigenen Wünschen und Vorstellungen zu führen). Zudem wurde ihr Zusammenhang mit dem subjektiven Freiheitsgefühl untersucht. Auf Seiten der Freiheitseinschränkungen wurden dazu die subjektive Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung sowie der staatlichen Einmischung in den persönlichen Alltag erhoben. Auf Seiten der praktischen Umsetzung von Freiheit wurden die Bedeutung finanzieller Möglichkeiten, die es erlauben, das eigene Leben tatsächlich so zu führen, wie

man es sich wünscht, sowie die subjektive Wahrnehmung staatlicher Unterstützung und die Einschätzung der Möglichkeit von Eigentumserwerb durch eigene Leistung erhoben. Dabei zeigt sich, dass die Einschätzung, ob die Einkünfte die Realisierbarkeit eigener Lebensvorstellungen ermöglichen, am stärksten mit dem subjektiven Freiheitsgefühl korreliert. Außerdem lässt sich ein moderater Zusammenhang zwischen dem Freiheitsgefühl und der Freiheit politischer Meinungsäußerung sowie der Wahrnehmung übermäßiger staatlicher Einmischung und fehlender staatlicher Unterstützung erkennen. Die schwächste Korrelation zeigt sich mit der Einschätzung der Möglichkeit von Eigentumserwerb durch eigene Leistung.

Die Neukonzeption des Freiheitsindex 2024 zielt außerdem auf internationale Vergleichbarkeit ab und orientiert sich dazu in Teilen am deutschen Freiheitsindex. Daher wurde im Rahmen des Freiheitsindex 2024 zusätzlich zum subjektiven Freiheitsgefühl die Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung erhoben. Aus beiden Variablen wurde – analog zum deutschen Freiheitsindex – ein Teilindex „subjektives Freiheitsempfinden“ gebildet. Der Ländervergleich zeigt für Deutschland einen positiven Indexwert, für Österreich dagegen einen leicht negativen. Das subjektive Freiheitsempfinden steht demnach 2024 in Österreich eher unter Druck. Vorrangig ist dabei ein deutliches Defizit in der Wahrnehmung der Freiheit politischer Meinungsäußerung in der österreichischen Bevölkerung zu erkennen, wohingegen das subjektive Freiheitsgefühl über dem deutschen Teilwert liegt.

Der diesjährige Schwerpunkt des Freiheitsindex widmet sich dem Thema Bildung. In diesem Rahmen wurden zum einen Einstellungen gegenüber konkreten bildungspolitischen Maßnahmen untersucht (Ausbau der Schulautonomie, zeitnahe Thematisierung neuer Entwicklungen im Unterricht, Einführung eines Pflichtfaches Demokratiebildung ab der Volksschule und Einführung österreichweit einheitlicher Qualitätsstandards im Kindergarten). Zum anderen wurden Ansichten zur Verantwortung für Bildung (Erlernen von Grundkompetenzen vor Schuleintritt, Verantwortung für den Bildungserfolg von Schüler:innen, Finanzierung von Weiterbildung) und zur Bedeutung/Funktion von Bildung erhoben.

Zu diesen bildungspolitischen Maßnahmen äußert jeweils eine deutliche Mehrheit der Befragten Zustimmung. Die Verantwortung für das Erlernen von Grundkompetenzen wie Spracherwerb, Zählen oder Zeichnen vor dem Schuleintritt wird nur von einem geringen Anteil der Befragten vorrangig bei elementarpädagogischen Einrichtungen verortet. Ein deutlich größerer Anteil sieht die Verantwortung bei den Eltern, eine klare Mehrheit bei beiden gleichermaßen. Der Bildungserfolg von Schüler:innen wird bereits in höherem Ausmaß in der Verantwortlichkeit der Pädagog:innen gesehen und nur mehr in geringerem Ausmaß vorrangig bei den Eltern. Für eine überwiegende Mehrheit der Befragten liegt die Verantwortung bei beiden. Die Verantwortung für die Finanzierung von

Weiterbildung wird – im Vergleich mit den beiden anderen Fragen – am stärksten auf Seiten der Allgemeinheit gesehen. Ein geringerer Anteil sieht vorrangig die Nutzer:innen in der Verantwortung. Eine knappe Mehrheit verortet auch in dieser Frage die Verantwortung bei beiden gleichermaßen. Die Bedeutung von guter Bildung wird mehrheitlich sowohl in der Vorbereitung aufs Leben als auch in der Konfrontation mit außerhalb des Alltags befindlichen Themen wie Kunst und Kultur wahrgenommen. Nur ein geringer Anteil der Befragten stuft die Konfrontation mit Themen wie Kunst und Kultur als vorrangig bedeutsam ein, ein deutlich größerer Anteil sieht die Bedeutung von guter Bildung v.a. in der Vorbereitung aufs Leben.

## Literaturverzeichnis

Backhaus, Klaus / Erichson, Bernd / Plinke, Wulff / Weiber, Rolf (2023): Multivariate Analysemethoden. Springer: Berlin.

Baur, Nina / Florian, Michael (2009): Stichprobenprobleme bei Online-Umfragen. In: Jakob, Nikolaus / Schoen, Harald / Zerback, Thomas (Hrsg.): Sozialforschung im Internet. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 109-129.

Demokratie Monitor (2024): Erste Ergebnisse, Pressekonferenz am 18.12.2024. [https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2024/12/2024\\_FORESIGHT-Pressunterlagen-DM24.pdf](https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2024/12/2024_FORESIGHT-Pressunterlagen-DM24.pdf) (abgerufen am 20.04.2025)

Glaser, Harald / Heinz, Janine (2022): Freiheitsindex 2022. SORA Forschungsbericht: Wien.

Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel (2000): Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien. Politische Vierteljahresschrift, Jg. 41, Heft 1, 3-30.

Schatz, Roland (Hrsg.) (2024): Am Ende siegt die Freiheit. Freiheitsindex Deutschland 2024. InnoVatio Verlag: Zürich.

Schatz, Roland / Petersen, Thomas (2023): Freiheit: Die Mehrzahl der Deutschen fühlt sich eingeschränkt. Freiheitsindex Deutschland 2022 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International. InnoVatio Verlag: Zürich.

Schindler, Saskja (2024): Freiheitsindex 2023. FORESIGHT Forschungsbericht: Wien.

Schmotz, Alexander (2015): Hybride Regime. In: Kollmorgen, R., Merkel, W., Wagnener, H.J. (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Springer VS: Wiesbaden.

Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? ZUMA-Nachrichten 46, 117-149.

Wodak, Ruth (2018): Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. Politische Vierteljahresschrift, Jg. 59, Heft 2, 323-335.

Zandonella, Martina (2020): Österreichischer Demokratie Monitor 2020. SORA Forschungsbericht: Wien.

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die ökonomischen Drittel	8
Abbildung 2: Ökonomische Drittel nach Geschlecht, Alter und formaler Bildung	9
Abbildung 3: Entwicklung des subjektiven Freiheitsgefühls im Jahresverlauf	10
Abbildung 4: Vergleich Freiheitsgefühl vor und nach der Nationalratswahl 2024	11
Abbildung 5: Freiheitsgefühl nach ökonomischen Dritteln	12
Abbildung 6: Freiheitsgefühl nach ökonomischen Dritteln im Jahresverlauf	13
Abbildung 7: Freiheitsgefühl nach Alter und formalem Bildungsabschluss	14
Abbildung 8: Freiheit politischer Meinungsäußerung nach Geschlecht und ökonomischem Drittel	16
Abbildung 9: Vergleich Freiheit politischer Meinungsäußerung vor und nach der Nationalratswahl 2024	17
Abbildung 10: Subjektive Wahrnehmung staatlicher Einmischung in den Alltag	17
Abbildung 11: Subjektive Wahrnehmung finanzieller Ressourcen und Möglichkeit von Eigentumserwerb	18
Abbildung 12: Entwicklung Selbstwirksamkeit Eigentumserwerb im Jahresverlauf	19
Abbildung 13: Selbstwirksamkeit Eigentumserwerb nach ökonomischen Dritteln	20
Abbildung 14: Subjektive Wahrnehmung staatlicher Unterstützung im Alltag	21
Abbildung 15: Korrelation der untersuchten Komponenten mit dem Freiheitsgefühl	22
Abbildung 16: Vergleich Teilindex „subjektives Freiheitsempfinden“ in Deutschland und Österreich	24
Abbildung 17: Einstellungen zu Bildungsmaßnahmen	25
Abbildung 18: Schulautonomie nach Alter	26
Abbildung 19: Zeitnahe Thematisierung neuer Entwicklungen nach Geschlecht, formaler Bildung und ökonomischem Drittel	27
Abbildung 20: Verpflichtendes Fach Demokratiebildung nach Alter, formaler Bildung und ökonomischem Drittel	28
Abbildung 21: Österreichweit einheitliche Qualitätsstandards im Kindergarten nach Geschlecht und Alter	29
Abbildung 22: Verantwortung für das Erlernen von Grundkompetenzen vor dem Schuleintritt gesamt sowie nach Geschlecht und Alter	30
Abbildung 23: Verantwortung für den Bildungserfolg von Schüler:innen gesamt sowie nach Alter	31

---

Abbildung 24: Verantwortung für die Finanzierung von Weiterbildung gesamt sowie nach Alter und ökonomischem Drittel	32
Abbildung 25: Bedeutung guter Bildung gesamt sowie nach Alter und ökonomischem Drittel	33

## Anhang: Fragen im Wortlaut

Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei?  
Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein.

Haben Sie das Gefühl, das man heute in Österreich seine politische Meinung frei äußern kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?

Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

1. Egal wie sehr man sich anstrengt, es ist kaum noch möglich, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben.
2. Alle meine Einkünfte reichen aus, damit ich mein Leben grundsätzlich so leben kann, wie ich mir das vorstelle.
3. Der Staat unterstützt mich im Alltag zu wenig.
4. Der Staat mischt sich zu stark in meinen Alltag ein.

Stimmen Sie folgenden Aussagen zum Thema Bildung sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?

1. Schulen sollten mehr selbst entscheiden können, z.B. bei der Auswahl der Lehrkräfte oder der Unterrichtsgestaltung.
2. Neue Entwicklungen wie KI sollten im Unterricht zeitnah besprochen werden.
3. Ab der Volksschule soll ein verpflichtendes Fach Demokratiebildung eingeführt werden.
4. Im Kindergarten sollte es österreichweit einheitliche Qualitätsstandards geben, z.B. bei der Gruppengröße oder den Öffnungszeiten.

Wer ist Ihrer Ansicht nach verantwortlich für:

1. Die Finanzierung der Weiterbildung: Die Allgemeinheit, die Nutzer:innen oder beide?
2. Das Erlernen von Grundkompetenzen wie Spracherwerb, Zählen oder Zeichnen vor dem Schuleintritt: Die Eltern, der Kindergarten oder beide?
3. Den Bildungserfolg der Schüler:innen: Die Lehrkräfte, die Eltern oder beide?

Was bedeutet für Sie gute Bildung: Dass man auf das Leben vorbereitet wird, dass man auch mit Themen konfrontiert wird, die man im Alltag nicht nützt/erlebt, z.B. Kunst und Kultur oder beides?